

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 23 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW, Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Verlorene Liebesmüh.

Der erste Mai hat dem Sozialistengesetz den Todesstoß gegeben und wenn das sein einziger Erfolg wäre, so wäre das genug. All die geheimen und offenen Wünsche der Reaktionäre, Heilmeyer, Angsthuber und Sozialistenhasser sind zu Schanden geworden. Das Anerkenntnis des Amtshauptmanns zu Leipzig an die wertigen Arbeiter bezüglich ihrer Bemühungen um Aufrechterhaltung der Ordnung beweist, daß ein anderer Wind bläst. Es beginnt die Einsicht Platz zu greifen, daß es nicht mehr zeitgemäß ist, eine große Partei, die einen neuen Gedanken vertritt, mit Ausnahmegesetzen, Polizeiverordnungen und Unterdrückungsmaßnahmen zu verfolgen. Wie weit diese Einsicht durchbringen wird, das wissen wir nicht. Bezeichnend genug ist aber, daß sich in diesem Augenblick eine Menge von Stimmen erheben, die fordern, daß man das Sozialistengesetz nicht bis zum 30. September stehen lasse, sondern sofort aufhebe. Da sich diesem Ruf auch konservative Stimmen anschließen, so ist anzunehmen, daß eine Aufhebung des Gesetzes kaum auf Widerspruch stoßen würde. Vielleicht bei den Nationalparlamenten, die sich gegenwärtig in trauriger und hoffnungsloser Anbetung der hinterlassenen Werke ihres gestürzten Gottes gefallen. Wenn es wahr ist, daß jetzt schon die Ausweisungen aufgehängt gemacht werden — in Hamburg soll es ein Anfang gemacht worden sein, was wir nicht glauben, denn der in weiteren Kreisen bekannt gewordene Senator Sachmann dürfte es damit nicht so haben, so begreifen wir nicht die spießbürgerliche gewisse Blätter vor einer „massenhaften Verleumdung“ der Ausgewiesenen. Man bedenke doch, die meisten Ausweisungen erfolgten, als Herr von Puttkamer im Zenith seiner Macht stand und als Knappe Bismarcks dessen „Ideen“ mit rücksichtsloser Schärfe ausführte. Die Ausweisung kann nach dem Sozialistengesetz Personen treffen, „von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu besorgen ist“, die Verhängung des Gesetzes vorausgesetzt. Man würde staunen, wenn man die Gesetze der Personen sähe, die alle der „Sicherheit und Ordnung“ gefährlich sein sollten! Die meisten derselben sind nicht einmal vorbestraft, also nicht einmal im polizeilichen Sinne „verdächtig“; sie tragen aber alle die gemeinsame Schuld, für die Sache der Sozialdemokratie — und zwar im gefährlichsten Wege — gewirkt zu haben. Da mußten sie sitzen. Viele von ihnen werden nicht mehr zurückkehren; eine große Zahl hat sich fern über dem Ocean in neue Interessensphären hineingelegt. Manche sind verdorben

oder gestorben im Elend, getrennt von den Ihrigen, hilflos umherirrend. Die Anwendung des Sozialistengesetzes hat manche Tragödie gestaltet, die das große Publikum nicht kennt. Die Herren Junker haben auch mehr als einmal im Reichstage mit Hohngelächter geantwortet, wenn die traurigen Schicksale der Ausgewiesenen geschildert wurden.

Nun, das Hohngelächter wird den Herren jetzt wohl in der Kehle stecken bleiben.

Wenn man das Sozialistengesetz jetzt schon aufheben will, so haben wir selbstverständlich nicht das Mindeste dagegen einzuwenden. Das Gesetz ist tot und es zu beleben, wird den Nationalliberalen so wenig gelingen, als sie mit diesem Experiment an ihrer eigenen Partei einen Erfolg zu erzielen vermögen.

Aber man wird uns nicht übel nehmen, wenn wir ein wenig mißtrauisch sind; wir können auch nicht aus unserer Haut heraus und es muß uns ein wenig stutzig machen, wenn wir so viel Liebe sehen, bei Leuten namentlich, die uns so sehr verfolgt haben. Wir wissen nämlich sehr wohl, daß so Manche die Abschaffung des Sozialistengesetzes nur verlangen, weil sie von der ideo Weisheit des Herrn Puttkamer erfüllt sind, daß nämlich Maßregeln, die nicht die gewünschte Wirkung erzielen, einfach zu verschärfen seien. Wenn man damit auskommen könnte, hätte die gesammte Weltgeschichte wahrscheinlich einen anderen Verlauf genommen. Wir haben von nationalliberaler und freikonservativer Seite vernommen, daß man die Ausweisung für „unnütz“, die Expatriierung aber für sehr ersprießlich hält. Ohnehin sind wir überzeugt, daß die konservativen Elemente mit aller Gewalt darnach streben werden, sich für den Fortfall des Sozialistengesetzes durch eine Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts zu entschädigen. Diese Träume sind zwar noch Träume; wir aber haben allen Grund, wachsam zu sein.

Das sogenannte freisinnige Bürgerthum hat zwar öffentlich gegen das Sozialistengesetz Opposition gemacht; innerlich war ihm dasselbe gar nicht so unangenehm. Dies brach durch, als 1884 die Verlängerung des Sozialistengesetzes durch die Freisinnigen bewirkt wurde. Professor Delbrück, obschon ein ganz konservativer Mann, hat dieser Tage in den „Preussischen Jahrbüchern“ das treffende Wort gesprochen, daß wie einst dem Bürgerthum von der absoluten Monarchie, so heute den Arbeitern vom Bürgerthum die zur Betheiligung am Staatsregiment erforderliche Intelligenz abgesprochen werde. Dies ist durchaus wahr. Wer sich davon überzeugen will, der lese nur aufmerksam die „Freis. Ztg.“ des Herrn Eugen Richter,

wo die sozialistischen Anträge mit jener süßsantigen und vorlauten Manier behandelt werden, welche die Hohlköpfigkeit der betreffenden Herren Kritiker zu verbergen bestimmt ist. Man erinnere sich an die Haltung der „Freisinnigen Zeitung“ gelegentlich des ersten Mai und man wird in die Falten der Bourgeoisseele blicken können. Hier herrscht dasselbe Urtheil gegen die Arbeiter, wie bei den Junkern; nur ist es mehr auf die Idee von der Bedeutung und Macht des Besitzes gegründet, während bei den Junkern das Rastebewußtsein dominiert. Das Junkerthum ist anmaßend in seinen Ansprüchen an die Gesetzgebung; die Bourgeoisie ergänzt, was die Gesetzgebung ihr an Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiter nicht bietet, durch private Verabredungen. Strenge Strafbestimmungen gegen die Arbeiterverbindungen, Kontraktbruch und Lohnbewegungen würde sie mit ungetheiltem Jubel begrüßen.

Unter diesen Umständen kann man es uns nicht verdenken, wenn wir skeptisch sind. Die Arbeiter mögen auf der Hut sein, damit sie nicht aus dem Regen in irgend eine Traufe kommen.

Wir kennen die demagogischen Künste unserer Feinde. Dieselben werden sich nicht entblöden, wenn das Sozialistengesetz abgelassen sein wird, sich damit zu rühmen, daß sie es nicht verlängert haben. Dann wollen wir aber den Herren Konservativen, Nationalliberalen und anderen Vaterlandsrettern vorrechnen, wie oft sie für die Verlängerung des Gesetzes gestimmt haben.

Das Gesetz muß fallen, weil es den Grundstein der Bismarckschen Politik bildete. Hier heißt es: Wenn der Herzog fällt, muß auch der Mantel nach. Und deshalb ist das Gesetz hinfällig; was einzelne „wohlwollende“ Politiker dazu sagen, ist an sich ganz gleichgültig.

Korrespondenzen.

Paris, den 10. Mai. Seit den letzten vierzehn Tagen manifestiert sich in allen Industriezentren Frankreichs eine so allgemeine und umfassende Streikbewegung, wie man sie seit Jahren hier nicht gesehen. Wie eine Epidemie meist nicht nur an und für sich von Bedeutung ist, sondern auch als Symptom ungesunder physischer Lebensbedingungen, so wohnt den ohne vorhergegangenes Einverständnis der Arbeiter durchaus spontan und allgemein ausgebrochenen Streiks nicht nur als Thatsache, sondern ganz besonders als Symptom eine große Bedeutung inne. Sie sind handgreifliche Symptome dafür, daß trotz alles Geplärses von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit die Dinge faul sind im Staate Dänemark der kapitalistischen Ordnung. Und dieses Symptom ist doppelt überzeugend Dank der Universalität, mit der es in allen Ländern auftritt, in denen das kapitalistische System herrscht.

Die französische Bourgeoisie möchte es allerdings nicht als vertragsmäßig auf dreißig Jahre in Pacht genommen. Er bezahlte achtzehnhundert Franks Pacht und da er für die vier Zimmer beiläufig tausend Franks einnahm, kam ihm der Laden auf achthundert Franks zu stehen. Das war nicht theuer, er hatte wenig Unkosten und konnte folglich lange aushalten. Wenn man ihn hörte, konnte man an seinem endlichen Siege nicht zweifeln; er wird gewiß das Ungeheuer auffressen, versicherte er.

Plötzlich unterbrach er sich und rief aus: — Haben Sie solche Hundelöpfe, wie dieser da? Und er zwinkerte mit den Augen hinter seinen Brillengläsern, um den Doggenkopf besser besichtigen zu können, den er geschnitten hatte. Peps, entzückt über den Hundskopf, richtete sich auf, stützte die beiden kleinen Kermchen auf die Kniee des Alten und schaute gleichfalls auf.

— Wenn ich nur das Leben fortbringe, fuhr der Alte fort, so kümmerere ich mich nicht um den Rest, die Lotterbuben haben mich allerdings um meinen Gewinn gebracht, aber wenn ich nichts gewinne, so verliere ich auch nichts oder nur sehr wenig und ich bin entschlossen, eher meine Haut dabei zu lassen, als nachzugeben.

Dabei suchelte er mit dem Federmesser herum und die langen Haare flatterten um seinen Kopf.

— Indessen, bemerkte Denise sanft, ohne die Augen von ihrer Nadel zu erheben, wenn man Ihnen eine ansehnliche Summe anbietet würde, so wäre es vernünftig, dieselbe anzunehmen.

Doch da brach sein grimmiger Eigensinn los. — Niemals! und wenn man mir den Kopf unter das Beil legte, ich würde Nein sagen! Mein Vertrag währt noch 10 Jahre und vor zehn Jahren sollen sie das Haus nicht haben und sollte ich zwischen meinen vier leeren

Feuilleton.

„Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorsirte Uebersetzung von Armin Schwarz.
 Seine Kundschaft hatte übrigens dermaßen abgenommen, daß es ihm manchmal an Arbeit fehlte. Er mußte daher für Arbeit erfinden. Er konnte seine Miether doch nicht Hungers sterben lassen.
 — Ich werde Ihnen täglich vierzig Sous geben, sagte er; wenn Sie etwas Besseres finden, werden Sie mich lassen lassen.
 Sie fürchtete ihn und beendigte ihre Arbeit so rasch, daß er in Verlegenheit kam, wo er eine andere für sie hernehmen sollte. Es gab Seidenblätter zu nähen, Spitzen auszubessern. Die ersten Tage wagte sie kaum aufzublicken, weil sie ihn in ihrer Nähe wußte, mit seinem Löwenkopfe, seiner gelagerten Nase und seinen durchdringenden Augen unter den herabhängenden Borsten seiner Augenwimpern. Er hatte eine barocke Stimme und wahrwichtige Geberden, so daß die Mäher im Stadtviertel ihre Kinder mit ihm schreckten. Die Wollschubben schrien ihm im Vorübergehen allerlei häßliche Schimpfworte zu, die er aber nicht zu hören schien. Sein großer Born des Maniakals lehrte sich gegen die Elenden, die sein Metier entehrten, indem sie allerlei Schund um ein Spottgeld verkauften, Artikel, die für einen Hund zu schlecht seien, sagte er.

Denise fuhr immer erschrocken zusammen, wenn er ausrief:

— Die Kunst ist begraben, hören Sie? . . . Man findet keinen sauber gearbeiteten Regenschirmknopf mehr! Man macht noch Stöcke, aber keine Griffe mehr! . . . Zeigen Sie mir einen schönen Griff und ich zahle Ihnen zwanzig Franks!

Darin lag sein Künstlerstolz: kein Arbeiter von Paris vermag einen solchen Griff zu schnitzen wie er, so leicht und so solid zugleich. Er schnitzte besonders schöne Knöpfe, mit außerordentlicher Phantasie: Blumen, Früchte, Thiere, Köpfe. — Alles mit lebenswahrer Treue. Dazu genigte ihm ein kleines Federmesser; man sah ihn oft den ganzen Tag, die Brille auf der Nase, an Buchsbaum- und Ebenholzstücken herumhantieren.

— Diese Stümper — sagte er oft — glauben einen Regenschirm gemacht zu haben, wenn sie ein Fischbeingerüst mit Seide überziehen! Und ihre Griffe laufen sie großweise — Alles Fabrikarbeit! . . . Und solche Leute bringen Alles an den Mann! Die Kunst ist begraben; glauben Sie mir!

Denise beruhigte sich mit der Zeit. Er hatte eingewilligt, daß Peps in den Laden herunterkomme, um zu spielen, denn er liebte die Kinder. Wenn der Kleine auf allen Vieren herumtröck, konnte man sich in dem engen Laden kaum mehr bewegen, wo sie in ihrem Winkel bei ihren Ausbesserungsarbeiten saß, während der Alte sich hinter dem Auslagefenster mit seinen Schnitzereien beschäftigte. Jeder Tag brachte die nämlichen Arbeiten und das nämliche Gespräch. Bei der Arbeit kam er immer wieder auf das „Glück der Damen“ zu sprechen und auf seinen Zweikampf mit demselben. Er bewohnte seit 1845 das Haus, das er

Theater.
 Sonnabend, den 17. Mai.
Spernhans. Fra Diana, oder: Das Gasthaus zu Terracina.
Schauspielhaus. Verlorene Liebeshöhle.
Deutsches Theater. Der Sohn der Wildnis.
Berliner Theater. Kean.
Festung-Theater. Eine alltägliche Geschichte. Daraus: Ritterdienste.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Häschen (Bébé). Guten Morgen, Herr Fischer.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Spand-Theater. Unser lachendes Berlin.
Residenz-Theater. Marquise.
Fellekianze-Theater. Der Nautilus.
Kroll's Theater. Der Freischütz.
Central-Theater. Ein fideles Haus.
Adolf Ernst-Theater. Der Goldsucher.
Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten
 Direktion: C. Adress, Alexanderstraße 27c.
Eröffnung des Sommergartens und Bühne.
 Täglich Auftreten erster Spezialitäten. Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags und Sonntags 30, 50 u. 75 Pf., im Vorverkauf 30 u. 50 Pf.
 Der Garten ist an Vereine für Sommerfestlichkeiten mit Spezialitäten-Vorstellung zu vergeben.
Address.

Stabliement Bugenhagen am Moritzplatz.
 Täglich:
Grosses Garten-Concert.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend. Wochentags 10 Pfg. Sonntag und Festtage 25 Pfg.
 Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationssälen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
 641 **F. Müller.**

Variété-Theater. (Hasenhaide)
 Herrmannstr. 18 - Neue Strasse 18.
 Sonnabend, den 17. Mai:
 In dem vollständig neuen, schattigen Garten:
Concert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.
 Vollständig neues Programm.
Im großen Saal: Ball.
 Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Vassage 1 Er. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab. Kaiser-Panorama.
 Nur diese Woche:
 Vielen Wünschen entsprechend: 1. Reise d. Norwegen. 2. ersten M.: Eine Reise Steiermark - Oesterreich. Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
 Abonnement 1 M.
 Jede Woche andere Reisen.

Geschäftshaus S. Heine.
Chausseestraße 14.
 Die schönsten Kinderkleider u. Mäntel für Mädchen jeden Alters, sowie Morgenröde, Unterröde, Blousen und Tricottailen auch im Einzelverkauf sehr billig! Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14.
Geschäftshaus S. Heine.

Durch die Ausmietung aus meinem alten Wohnsitz (Brunnenstraße) und durch lange Krankheit bei meiner starken Familie habe ich wieder ein **Barbiere-Geschäft** eröffnen müssen. Ich empfehle mich hiermit wieder meinen alten Bekannten und Freunden und bitte um geneigten Zuspruch.
 176 **Carl Schade,** Barbier und Heilgehilfe, Weinbergsweg Nr. 15 b.

Vorzüglich. Mehl,
 gut kochende Hülsenfrüchte, alle Mühlenfabrikate, Kaffee, Zucker, Chokolade, Vogelfutter, Taubenweizen, empfiehlt die Mehlhandlung von
H. Mathies,
70. Grüner Weg 70,
 nahe der Stopenstraße.

Ausstellungspark Hasenhaide.
 Sonnabend, den 17. Mai:
Dritte Vorstellung der Ostafrikanischen Wakamba-Krieger
 16 Eingeborene aus dem Kitui-Lande in der Nähe des deutschen Schutzgebietes in Ostafrika.
 Produktionen in heimischer Kriegführung, Tänzen, Sitten, Gebräuchen etc.
Täglich großes Doppel-Concert
 bei freiem Eintritt.

Grosse öffentliche Versammlung der Steindrucker, Lithographen und Berufsgenossen
 am Montag, den 19. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee Nr. 11-13.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Lithographen Schmidt über: „Unsere Stellung zur Arbeiterfrage in der Gegenwart und Zukunft.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellersammlung statt. Um recht zahlreichen Besuch bittet
Der Einberufer.

Fachverein der Tischler.
 Sonnabend, den 17. Mai,
 im „Konzertsaal Sanssouci“, Kottbuserstraße Nr. 4a:
Tanz-Kränzchen.
 Biletts hierzu sind bei folgenden Herren zu haben: Fest, Stallschreiberstraße 43a; Millorg, Lehrterstr. 22 II; Apelt, Sebastianstr. 27/28; Mende, Wienerstraße 87 II; Schmidt, Färbringerstr. 25, Hof I, bei Wiedeholz; Schade, Nüdersdorferstr. 64; Glode, Lausitzerstr. 52 III; Wiedemann, Wendenstr. 2 IV; Dahlgren, Adalbertstr. 96, Quergeb. IV, bei Bomba; Haberland, Reichbergerstraße 161 II; Wieke, Adalbertstr. 9 IV; Monien, Kreuzbergstr. 9, Quergeb. III. Ferner sind auf allen Zahlstellen des Vereins Biletts zu haben.
 Um zahlreichen Besuch wird ersucht.

Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.
 Am Sonntag, den 18. d. M., Abends 7 1/2 Uhr, im Lokale „Süd-Ost“, Baldemarstraße 75:
Vortrag
 des Reichstags-Abgeordneten Wurm über: „Volksnahrung u. Volkseinkommen.“
 Gäste, Damen und Herren, willkommen.
Der Vorstand.
 NB.: Am 2. Pfingstfeiertag findet seitens der Gesellschaft ein Ausflug nach Stolpe an der Nordbahn statt.

Verband deutscher Korbmacher (Filiale Berlin).
 Montag, den 19. Mai, Abds. 8 Uhr, Adalbertstraße 21 bei Roll:
Versammlung.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Fachverein d. Feilenhauer.
 Sonntag, den 18. Mai, Vorm. 11 Uhr:
Versammlung
 im Lokale des Herrn Meissner, Gartenstraße 102.
Der Vorstand.

Centralverein deutscher Böttcher.
 Sonntag, den 18. Mai, Vorm. 10 1/2 Uhr:
Versammlung
 bei Heise, Lichtenbergerstraße 21.
 Tagesordnung:
 Das Resultat unserer Lohnbewegung und Verschiedenes.
 Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.
Der I. Bevollmächtigte.

Allgemeine Schriftgiesser-Versammlung
 am Montag, den 19. Mai, Ab. 8 Uhr, in Gratwell's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.
 Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verschiedenes.
 Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.
Die Kommission.

Aufforderung! Rohrleger!
 Diejenigen Kollegen, welche noch im Besitz von Geldern (auf Eisten und Karten) sind, werden aufgefordert, dieselben umgehend abzuliefern im Streikbureau Ritterstr. 112 bei Schmidt. Dasselbe ist zu diesem Zweck täglich bis Abends 9 Uhr geöffnet.
Die Streikkommision.

Achtung, Eisenarbeiter!
 Zahlstelle III. der Vereinigung der Drechsler Deutschlands.
 Sonntag, den 18. Mai, Vormittags 11 Uhr, in Reyer's Gartensaal, Alte Jakobstraße 88:
Mitglieder-Versammlung.
 T.O.: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Alle Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
 426 **Der provisorische Vorstand.**

Verein der Filzjaharbeiter und Berufsgenossen.
 Sonntag, den 18. Mai, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Ziemer, Münzstraße 11:
Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vierteljahres-Abrechnung. 2. Der Streik in der Fabrik von Gustav Nemane, Rheinsbergerstr. 24. 3. Vortrag des Herrn Paul Pittin über den Achtstundentag und seine Bedeutung. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Achtung, Bildhauer!
 Donnerstag, den 22. Mai, Abends 8 Uhr:
Delegiertenversammlung
 bei Reiser, Annenstraße 16.
 Tagesordnung:
 1. Der Bericht des Delegiertenwesens. 2. Werkstattangelegenheit. 3. Verschiedenes.
 Wir ersuchen die Kollegen, dafür zu sorgen, daß bei dieser Versammlung sämtliche Werkstätten vertreten sind.
Die Kommission.
 Den Genossen empfehle bei Bedarf mein Herren- u. Knaben-Garderobengeschäft.
Wilh. Fahr, Nr. 8 am Pappelpl.

Sozialdemokratischer Wahlverein des II. Wahlkreises.
 Die Zahlstellen befinden sich bei:
K. Böhlend, Restaurant, Wilkowsstraße 52.
E. Wilschke, Cigarren-Geschäft, Junferstraße 1.
H. Scheuer, Restaurant, Gneisenau- und Schleiermacherstraßen-Ecke.
Der Vorstand.

Allgemeiner deutscher Sattlerverein (Mitgliedschaft Berlin).
 Sonnabend, den 17. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Reyer, Alte Jakobstr. 88:
Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Zäterow über: Die Gewerkschaftsbewegung und deren Bedeutung für die Kulturentwicklung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 404 **Der Vorstand.**

Versammlung des Verbandes der Vergolder, Goldbleibenarbeiter u. Berufsg.
 (Filiale Berlin)
 am Montag, den 19. Mai 1890, in Scheffer's Salon, Inselstraße 10.
 Tagesordnung:
 1. Zweck der Organisation. Ref.: Stadtrath Aug. Dreesebach, Reichstags-Abgeordneter. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Fachverein der Rohrleger.
 Sonntag, den 18. Mai, Vormittags 11 Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75:
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht des I. Vorstehenden. 2. Vierteljährlicher Kasienbericht. 3. Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission. 4. Neuwahl der auscheidenden Vorstandsmitglieder. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. 6. Verschiedenes und Fragelasten.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Empfehle allen Genossen meine **Glaserei, Spiegel- und Bildereinrahmung.**
 Verkauf von Bildern bewährter Volksmänner. Besonders empfehlenswert Sinsprache. Neu: Bebel u. Liebknecht, Pendant 87: 51 cm hoch. Bestellungen nach auswärts brieflich.
 1050 **Karl Scholz,** Brangelstraße 32, Eingang vom Flur.

Jede Uhr
 zu reparieren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutes nur 1 M. 50 Pf. (außer Bruch). Keine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu ermäßigten billigen Preisen.
 150 **E. Rother & Stolz,** Uhrmacher, Andreasstr. 62, Chausseestr. 78, Alte Schönhäuserstr. 25.

Himbeer-saft, 616
 Rothwein, Portwein, Flasche 1,50
Medizinischer Ungarwein,
 Maitrant incl. Flasche 75 Pfennige.
 Ingwer, Luft, Pommeranzen 1,00.
Franz Beyer, Prinzessinnenstr. 15

Kleider-Stoffe,
 besonders elegante **Neuheiten**
 in den denkbar schönsten Mustern zu selten billigen Preisen bei
 171 **Z. ALEXANDER,** 102. Gr. Frankfurterstr. 102. (Ecke der Krautstraße.)

Zum 331
Roß. Cylinderhut
 Nur Hüte mit Arbeiter-Kontrollmarke. Größte Auswahl in Strohhüten. Skaligerstraße 131, neben Feister, Wilhelm Zapel, Hutmacher.
Filz- u. Seidenhüte
 empfiehlt zu realen, billigen Preisen, sämtlich mit
 1048 **Arbeiter-Kontrollmarke.**
E. Bergmann, Markgrafenstr. 98 a. d. Vosselstr.

Gauverein Berliner Bildhauer.
 Schon wieder ist ein Kollege durch den Tod aus unserer Mitte geschieden, in diesem Jahre bereits der vierte, und zwar der Holzbildhauer
Richard Jordan
 am 14. Mai, im Alter von 21 Jahren. — Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Alten St. Georgen-Kirchhofes vor dem Königsthore aus statt. — Um zahlreiche Theilnahme bittet
Der Vorstand.

Ortskrankenkasse d. Steindrucker und Lithographen zu Berlin.
 Am 14. Mai cr. verstarb unser Mitglied, der tüchtige Steindrucker Herr
Ferdin. Barth
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. M., Nachm. 6 Uhr, von der Leichenhalle des Alten St. Georgen-Kirchhofes am Prenzlauer Thor aus statt. Um zahlreiche Theilnahme bittet
Der Vorstand.

Grabdenkmäler
 in Marmor, Egenit und Granit fertigt zu den billigsten Preisen
 111 **A. Zabel,** Schönhauser Allee 111

Hut-Fabrik Oscar Liskow
 Oranienstrasse 47 a, Ecke Ludauerstrasse.
 Sämtliche Hüte mit Arbeiter-Kontrollmarke
Hut-Fabrik G. Dunsing
 Dresdenerstraße Nr. 6 am Kottbuser Platz.
 Sämtliche Hüte mit Arbeiter-Kontrollmarke

Die Berliner Hut-Fabrik
 481 Invalidenstrasse 148, empfiehlt ihr großes Lager Filz- und Strohhüte. Nur bestes Fabrikat zu billigsten Preisen mit Kontrollmarke

Sämtliche Hüte
 mit Kontrollmarke bei Rud. Beisse, Chausseestr. (an der Pante).

Jede Uhr zu reparieren (auch Bruch) kostet bei uns nur **1,50 Mark**
 unter Garantie des Gutes und Pünktlich gehen. Al. Reparaturen entp. Lager aller Arten Uhren, Gold- u. Silberwaaren.
C. Wunsch, Tauentzienstr. 25, n. d. Oranienstr.

Nothabak-Lager.
Hell Sumatra-Decke 165—280
Brasil-Umblatt 110 und 108
Java-Umbl. 85 Pf., Java-Decke 130—240 Pf. per 1/2 Aqr. zollfein sowie Brasil-Einl., Domingo, Seidam, Cuba, Havanna, Mexico etc. etc. holländische und deutsche Cigarren. Tabake empfiehlt billigst, Posten gegen Nachnahme
Jul. T. Baurmeister
 Hamburg, Augustastrasse 2a.

Allen Freunden und Genossen in Berlin und Umgegend zur Nachachtung, daß sich meine **Cigarren- und Tabak-Fabrik** von 1. April d. J. ab Gründer befindet. **G. Hoffmann,** Cigarren-Fabrikant, Cöpenick, Grünstr.

Albert Auerbach,
 Berlin S., Kottbuser Damm nahe der Kottbuser Brüder-Schuh- und Stiefel-Lager für Herren, Damen und Kinder. Reelle Bedienung, Feste Preise.
Wichtig für den „Nord-Deutschen“
 Chausseestr. 83, vis-à-vis d. Eisenbahn-Neelste und billigste Einkaufsquelle für **Schuhwaren jeder Art.**
 Durch Miethersparung und Fabrikation der Obertheile und Boden bietet ich jeder Konkurrenz Spitze. Reparaturen vom besten Material jeder sofort.
O. Fasse, Chausseestr. 83, a. d. Eisenbahn

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 112.

Sonntag, den 17. Mai 1890.

7. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 16. Mai, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Caprivi, v. Bötticher, v. Verd v. v. Malchahn.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst fünf Rechnungsberichte. Die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für 1888/89, die allgemeinen Rechnungen für 1884/85, 1885/86 und 1886/87, sowie der Bericht der Reichsschulden-Kommission.

Auf Antrag des Abg. Meyer-Berlin werden sie sämtlich der Rechnungs-Kommission überwiesen.

Darauf wird die erste Beratung des Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, angesetzt.

Abg. Liebknecht (Soz.): Die Vorlage muß von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten aus geprüft werden. Ueber die militärischen Gesichtspunkte will ich in eine Kritik eingehen, weil meine Kenntnisse hierfür nicht ungenügend sind.

Ich erkenne auch an, daß in der Militärverwaltung Sparmaßregeln ergriffen werden müssen, daß für das Militär nicht einmal genügend ausgegeben wird. Es fragt sich nur, ob der Militarismus in seiner heutigen Gestalt überhaupt notwendig ist.

Mögen die Lasten noch so drückend sein, wenn wirklich der Beweis gebracht wird, daß diese Ausgaben notwendig sind zur Sicherheit des Vaterlandes, dann werde ich vollkommen zustimmen. Vor allem fallen die politischen Gesichtspunkte ins Gewicht.

Gegen diese Vorlage hätte eigentlich niemand etwas sagen können, als es der Feldmarschall Graf Moltke mit seinem Bericht, dieselbe zu begründen, getan hat. (Zustimmung links.)

Er sagt uns, alle Regierungen, namentlich auch die Fürsten, wollten den Krieg nicht, und auch die große Mehrheit des Volkes wolle den Frieden. Wer soll ihn denn dann noch machen? Das ist keine Begründung für die Vorlage, sondern die Begründung unseres negativen Votums.

Die Begründung der Vorlage sagt, weil Frankreich und Rußland immer mehr wuchsen und parat seien, müßten auch wir weiter rüsten. Wenn aber diese Vorlage angenommen ist, dann haben uns wenige Wochen später die Franzosen und Russen abermals überholt, und dann muß notwendig wieder eine solche Vorlage kommen, und so sehen wir wieder auf dem alten Fleck.

So ist der Militarismus eine Schraube ohne Ende, und diese in einem Lande schärfer angezogen, dann folgt das andere nach. Steigt ein Volk auf der Leiter des Militarismus zu hoch, so klettert das andere nach, und so geht es in unendlichen Höhen hinaus. Ist das Kräfteverhältnis dadurch ein besseres? Das Volk wird erschöpft, und wir sind ebenso weit wie vorher, d. h. der angebliche Gegner ist immer so weit wie wir.

Wir können weiter gehen? Die Steuerlast des Volkes ist bis aufs Äußerste angepannt; bei den Steuern wurde überall über die Lasten des Militarismus und die weiteren Anzeichen der Steuerlast gellacht. Auf meiner Reise durch Amerika habe ich erfahren, daß die meisten ausgehenden Deutschen wegen des Sozialistengesetzes, der allgemeinen politischen Zustände und der deutschen Militärverhältnisse zur Auswanderung veranlaßt wurden. In finanzieller Beziehung zeigen unsere Militärausgaben eine lawinenartige Produktion. 1872 haben wir für Militärszwecke 338 Millionen ausgegeben, 1882/83 528 Millionen und in den folgenden Jahren 536, 574, 607, 646, 775 und jetzt 800 Millionen Mark, wozu noch die einmaligen Ausgaben hinzukommen, so daß wir für dieses Etatsjahr über eine halbe Milliarde für Militärszwecke ausgeben. Es ist unmöglich, daß in demselben Verhältnis die Kraft des Volkes steigt. Es muß einmal ein Zeitpunkt kommen, wo das Volk die Last nicht mehr tragen kann und zusammenbricht. Die Regierung hat jetzt selbst das Bewußtsein durchbrochen müssen. Früher hieß es, ohne Septennat wird nicht durch, und jetzt sagt man, die Franzosen mit ihrem Parlamentarismus seien besser gerüstet als wir. Man giebt sich zu, daß ein Parlamentarismus besser sein kann, als ein Septennat.

Herr Graf Stolberg erklärte allerdings, was für die Franzosen gut sein könne, sei noch nicht für die Deutschen gut, und der Patriotismus der Franzosen bewillige leichter die Mittel zur Vertheidigung des Vaterlandes als der Deutsche Reichstag. In Bezug auf die Vertheidigung unseres Vaterlandes wird keine Partei hinter der anderen zurückstehen. Den Parteien auf jener Seite sieht es am schlechtesten an, den Patriotismus anderer Parteien in Frage zu stellen. Nach der Niederlage von Jena waren es nicht Männer des Volkes, sondern diejenigen, die dem Grafen Stolberg-Wernigerode nahestanden, die jeden Patriotismus vermissen ließen. Der Kriegsminister machte den Einwand, daß das französische Parlamentarische von 1848 den Staatsreichthum vergrößert habe. Ich halte dieses für eines der größten Verbrechen der neueren Geschichte. Aber es war damals keine Rede, die auf allgemeiner Wehrhaftigkeit beruhte, sondern nur ein Soldnerheer. Das heutige Parlamentarische von Frankreich ist das bewaffnete Volk in höherem Maße als bei uns. Ich sage, ohne Krieg verblutet sich die Nation finanziell. Die besten Kräfte des Volkes werden ausgezehrt, alle Kulturarbeit wird vernachlässigt. Der bewaffnete Friede ist ein ebenso großes Uebel als der Krieg selbst. Graf Moltke weiß nicht, ob der nächste Krieg 7 oder 10 Jahre dauern werde. Ich bin kein Militär, aber ich sage: Graf Moltke ist vollständig im Irrthum. Ein Krieg mit solchen Massen, wie sie jetzt im Feld gestellt werden, kann nicht 7 Jahre, noch weniger 30 Jahre dauern. Fürst Bismarck meinte, der nächste Krieg werde so lange dauern, bis einem der kriegführenden Völker das Blut abgezapft ist, „saigné à blanc“. Die Franzosen schießen aber ebenso gut wie die Deutschen, das Blut findet auf beiden Seiten statt, und der Unterschied zwischen dem Sieger und dem Besiegten ist nicht sehr groß. Wir haben unter dem Krieg von 1870/71 ebenso gelitten wie die Franzosen, die sogar noch schneller einen wirtschaftlichen Aufschwung genommen haben. Und dieser Krieg war ein Kinderspiel gegen den nächsten. Der Militarismus an sich soll notwendig sein, um den Frieden zu erhalten. Ich leugne, daß er eine solche Bürgschaft sei. Herr v. Bennigsen hat uns ja bei der Kolonialdebatte gesagt, daß ohne die „harmlose“ Kolonialpolitik die deutsche Überkraft möglicherweise in viel gefährlicheren Ausmaßen gekommen sein würde. Damit konnte nur der Krieg gemeint sein. Wenn solche Gefühle vorhanden sind, ist auch die Versuchung da, von den Waffen Gebrauch zu machen. Die deutsche Politik soll immer eine Politik des Friedens gewesen sein. Man sagt, das deutsche Kaiserreich sei der Friede, wie man es von dem französischen Kaiserreich gesagt hat. Die Bismarcksche Politik möchte ich als Friedenspolitik nicht ohne Anführungszeichen anerkennen. Sie hat die Kriege von 1864, 1866 und 1870 herbeigeführt. Seitdem ist allerdings kein Krieg geführt. Es war aber nur in allen offiziellen Kundgebungen friedlich, aber in der offiziellen Presse, in einem Organ, von dem selbst Bismarck zugab, daß er für dasselbe schreibe, ist Woche für Woche, Monat für Monat der Krieg eröffnet worden. Wenn man fremde Nationen durch kalte Wasserstrahlen erbittert, ist keine friedliche Stimmung

möglich und keine Bürgschaft des Friedens geschaffen. Der neue Reichskanzler sagte uns, die offiziöse Presse habe wenigstens den Vortheil, daß man Dinge widerrufen könne, die vorher geschrieben seien. Da sieht man, wie hier genau das Gegenteil von dem gesagt wird, was Thatsache ist. Ein solcher Unfug darf nicht geduldet werden, und es ist eine der dankenswerthen Handlungen der neuen Regierung, daß sie möglichst mit diesem Unfug ausgeräumt hat. Man hat ja geltend gemacht, die Regierung könne für derartige Dinge wie die Auslassungen der „Nordd. Allgem. Zeitung“ etc. nicht verantwortlich gemacht werden; aber haben Sie es denn den Parteien gegenüber nicht ganz ebenso gemacht, wie die Franzosen es den Deutschen gegenüber gethan haben? Wir haben uns über unsere Politik hier im Reichstage des Deuteren ausführlich ausgesprochen; jedesmal aber, wenn eine anonyme Aeußerung eines unbekanntes Mannes, in einem Blatt, das unserer Partei zugerechnet wurde, Ihnen paßte, da hieß es stets: Das ist das Richtige, so denkt in Wahrheit die sozialdemokratische Partei; was sie im Reiche sagt, ist eitel Heuchelei. Genau so haben die Franzosen von den deutschen Offizieren gedacht. Ich komme nun mit einigen Worten auf Herrn von Kardorff's Ausfall gegen mich bezüglich Rußlands. Die Haltung gegen Rußland, diese partis honteuse der deutschen Politik, habe ich hier wiederholt in schärfster Weise angegriffen. Daß ich einen Krieg gefordert habe, ist natürlich nicht richtig; was ich aber schon 1867 hier gefordert habe, ist, daß die deutsche Regierung die Deutschen im Auslande schütze und nicht mißhandeln läßt durch auswärtige Mächte. Gelegentlich des orientalischen Krieges habe ich darauf hingewiesen, daß wenn Deutschland damals Rußland ein Quod non zugerufen hätte, die Russen nicht in Rumänien einmarschiren durften, sie sich hätten fügen müssen. Denn sie waren völlig in die Sackgasse gerathen und konnten nur im Vertrauen auf die Konvaleszenz der deutschen Regierung diesen Schritt unternehmen. Nicht einen Schuß hätte uns dieser Erfolg gelöst. Aber diese Konvaleszenz zeigte sich bei allen Gelegenheiten; den Russen wurde der deutsche Geldmarkt von Amtswegen eröffnet, das deutsche Kapital in gefährlichster Weise engagirt; die Grenzsperrung und ähnliche Chikanen, alles ließen wir uns von Rußland gefallen, und wo sich irgend Gelegenheit bot, nahm Rußland sie wahr, um einen Schabernack zu spielen. Wie hat man in Rußland die Deutschen behandelt! Und was war unsere Antwort? Man verband sich mit Rußland und jagte die Russen aus Deutschland hinaus. Kurz, in jeder Weise machten wir uns den Russen dienbar. Da habe ich allerdings erklärt, wenn man überhaupt die Politik der kalten Wasserstrahlen für notwendig hält, so bediene man sich ihrer gegen Rußland, gegen den Friedensförderer par excellence. Aber das ist ja das Schlimme, in Frankreich entwickelt sich Alles mehr und mehr zur Demokratie; darum war es den früheren Machthabern von jeder ein Dorn im Auge, während Rußland, die Macht der Knete, ihnen politisch sympathisch ist, gewissermaßen ihr politisches Ideal vertreten hat. Darum die Liebedienerei gegen Rußland, darum die Politik der kalten Wasserstrahlen gegen Frankreich. Gewiß ist unsere Lage Rußland gegenüber schwierig, aber weshalb? Die beiden ersten Kulturvölker Europas, Frankreich und Deutschland, stehen sich feindlich gegenüber, sie haben sich ineinander verbißten; sie halten sich zwar noch nicht gerade am Krage gepackt, aber sie stehen sich gegenüber wie zwei Fochter, jeder den Moment erspähend, wo er den anderen überfallen, ihm den Garau machen kann. Alles, was der Kultur in beiden Ländern zum Opfer gebracht werden könnte, ist allein den Rüstungen gewidmet, und während diese beiden Staaten ihre Kräfte gegenseitig gebunden haben, da kann sich in der That der russische Barbar als Schiedsrichter aufspielen, und die deutsche Regierung traut sich nicht, gegen seine Anmaßungen Front zu machen. Wir brauchen die großen Rüstungen, weil die Nationen gegeneinander verheßt sind. Der künftige Krieg ist keine Nothwendigkeit; die Verhältnisse, welche die jetzige Lage herbeigeführt haben, sind unnatürlich, zum Theil künstlich erzeugt, zum großen Theil das Werk der Bismarckschen Politik (Gelächter rechts), welcher früher allseitig zugejubelt wurde. Glauben Sie, wenn 1866 Deutschland nicht zerrissen worden wäre, daß der Krieg 1870 gegen Frankreich gekommen wäre? Nie und nimmer. Die Art, wie diese Kriege entstanden sind, bringt uns auf ein Kapitel, welches wir vielleicht in einer späteren Session einmal für sich behandeln werden. Jedenfalls steht ein fest: zwei Nationen, welche beide den Frieden wünschen müssen, müssen jetzt alle ihre Kräfte zum Zweck des Krieges konzentriren. Darin muß Wandel geschafft werden. Zwischen Frankreich und Deutschland liegt Etsch-Botbringen. Ich will nicht auf die Annerzion eingehen, Frankreich hat gerade so wenig ein Recht auf den Besitz dieses Landes wie eine andere Nation; aber wo blieb das Selbstbestimmungsrecht der Etsch-Botbringer? Sie sind doch nicht bloß eine Herde Schafe; ein Volk, ein Volkstamm gehört vor allen Dingen sich selbst. Aber ich will in diese Wunde nicht hineingreifen; mit der Zeit wird sie ja verharthen. Wenn die bisherige Politik der Verhegung aufhört, wenn allmählig freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Nachbarvölkern, welche sie so nötig haben, eingetreten sind, wird auch die eifersüchtige Frage einen freundlicheren Charakter annehmen. Sind erst in beiden Ländern die demokratischen Prinzipien zum Durchbruch gekommen, dann erlischt von selbst keine lothringische Frage mehr, dann kann ein freies Land wie Etsch-Botbringen nicht mehr den Junkapfel zweier freier verbündeter Völker bilden. Aber die Politik der Verhegung nach außen und nach innen muß aufhören. Äußere und innere Politik sind von einander nicht zu trennen; und es war vielleicht der größte Fehler der Freisinnigen, daß sie diese Trennung für möglich hielten, die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck billigten, die innere bekämpften. Beide haben zu einander gehört und einander gebient. Es war dieselbe Politik von Blut und Eisen, nach innen Vergevaltigung, Unterwerfung und diplomatische tours de force, welche allerdings in letzter Zeit nicht mehr verfangen haben. Sind wir denn unter dem Regiment des Fürsten Bismarck, Hand auf's Herz, nur einen einzigen Tag politisch zur Ruhe gekommen? Jeder, der anderer Meinung war, als der Fürst Bismarck, war ein Reichsfeind. Nun, hier sitzen die Reichsfeinde massenhaft, in großer Majorität; das deutsche Volk besteht aus Reichsfeinden! Schon daraus ergibt sich ja der Zusammenhang, wenn man sich vergegenwärtigt, wie diese Denunziationen, diese Vergehungen, diese Brandmarkungen von Auslande aufgenommen wurden. In Frankreich glaubt man, die Sozialisten sind Reichsfeinde, die übrigen größten Parteien Deutschlands, die Fortschrittler, das Centrum, sind Reichsfeinde, dazu die Lothringer, die Polen, — ja da ist ja drei Viertel der deutschen Nation reichsfeindlich, und kann man im Ausland vor einem solchen Lande Respekt haben? Ist es nicht ein wahrer Hohn, mit solchen Anklagen zu kommen, wenn man sie nicht ernst meint? Und wenn man sie ernst meinte, welches Zeugnis stelte man dem Vaterlande aus? Ein solches Reich war doch nicht werth, zu bestehen; denn die Stärke eines Landes besteht ja nicht in seiner Arme, sondern in der Eintracht und in geschlossenen Zusammenhalt der Völker. Ein leuchtendes Beispiel dieser Art hat Nordamerika gegeben, als es vor 30 Jahren Krieg zu führen gezwungen war. Die Kraftanstrengungen, die damals der

Norden machen mußte, sind noch von keinem Volke in Europa seitdem erreicht worden. Also Umkehr ist nötig, mit der bisherigen Politik geht es nicht weiter. Die neue Regierung ist vor eine sehr schwere Aufgabe gestellt. Die Hinterlassenschaft Bismarck's zu ordnen, ist außerordentlich schwer, und ich habe die Männer nicht beneidet, welche den Muth hatten, die Erbschaft zu übernehmen. Aber ebenso außerordentlich günstig ist auf der anderen Seite die Position der neuen Männer dadurch, daß in den 25 oder 26 Jahren des Bismarckschen Regiments kein Mensch in Deutschland mit Ausnahme einer winzigen Minorität, deren Interessenpolitik durch ihn gefördert worden ist, zufrieden war. (Sehr richtig! links.) Alles athmete erleichtert auf als er ging (sehr richtig! links) und schon am 20. Februar, am Wahltage, konnten Sie den Pulsschlag des Volkslebens fühlen, der es ausdrückte: Weg mit dem Fürsten Bismarck, weg mit seinem System. Was einige Wochen später erfolgte, seine Entlassung, ist wohl die Vollstreckung dessen, was das Volk am 20. Februar durch sein Votum ausgesprochen hat. Dankbar ist also jedenfalls die Aufgabe einer Regierung, die sich sagen kann, jede Veränderung wird vom Volke als eine Verbesserung betrachtet werden, denn Schlimmeres als bisher, mehr Unterdrückung, mehr Korruption nach allen Richtungen (große Unruhe rechts) ist nicht denkbar, und dieses Gefühl, das den Abgang des Fürsten Bismarck als eine Erlösung ansah, kann die Regierung für sich unzuverlässig nutzbar machen. Zum Frieden nach innen ist ja jetzt ein Schritt geschehen; an der Thronrede ist das Schönste das, was nicht darin steht, das Sozialistengesetz. Das Sozialistengesetz, welches so viel Unzufriedenheit und Erbitterung erzeugt hat, wie kein anderes in der Welt, wird von der Regierung aufgegeben, es gleitet sang- und klanglos in den Sumpf hinein, in den es gehört. Eine Sozialreform läßt sich mit Ausnahmegeetzen nicht durchführen. Das gelang auch dem revolutionären Despotismus Katharina II., Joseph II. und Friedrich II. von Preußen nicht, und die Revolution in Frankreich wäre nie und nimmer gekommen, wenn der Absolutismus begriffen hätte, daß die Völker nicht vom grünen Tische beglückt werden können. Die Regierung hat ja die Sozialreform zu ihrer Hauptaufgabe erklärt. (Der Präsident ersucht den Redner, zur Sache zu sprechen.) Um diese Aufgabe zu erfüllen, ist es dringend notwendig, den Frieden nach außen zu erhalten, und die Stimmung in Europa ist weit friedlicher als früher. Es muß also mit dem System des Militarismus gebrochen werden. Es ist früher schon auf einen internationalen Kongreß hingewiesen worden, welcher auf internationalen Wege eine Entlastung der Völker von den Militärlasten herbeiführen soll. Wir haben nun neulich eine Art von Friedenskongreß gehabt in dem internationalen Arbeiterkongreß. Verstehe die deutsche Regierung einen Kongreß, welcher sich mit der Aufgabe beschäftigte, wie die Militärlast dem Volke abgenommen werden kann, so würde das Deutsche Reich an der Spitze der Zivilisation marschiren, was bisher nicht der Fall war. Der Feldmarschall Graf Moltke sagte, nur die begehrenden Klassen des Volkes bedrohten den Frieden. Wenn darunter die Arbeiter gemeint sein sollen, so thut es mir sehr leid, daß Graf Moltke nicht auf unserem internationalen Kongreß in Paris im vorigen Sommer war (Heiterkeit), er hätte da sehr viel gelernt (Lachen rechts), er würde dann jedenfalls seine vorgelegte Rede nicht gehalten haben. Die Blüthe der Arbeiter aller Länder hat sich einstimmig für eine Abrüstung, Abschaffung der stehenden Heere und für ein Militärsystem erklärt. Die Arbeiter wollen den Frieden, denn sie versprechen in einem Kriege am meisten ihr Blut und bringen die meisten Opfer. Den Krieg will nur eine kleine Minorität, in Frankreich wie in Deutschland die sogenannten Chauvinisten. Die sitzen zum Theil hier, allerdings in sehr reduzierter Anzahl; sie sind es, welche 1887 in die Kriegstrompette gegen Frankreich stießen, welche die Leidenschaften entflammten wollen. Das deutsche Volk hat am 20. Februar bewiesen, daß es mit diesen Chauvinisten nichts zu thun haben will; es hat nur einige wenige hergeschickt, damit diese erzählen können von der Niederlage, die sie erlitten haben. (Heiterkeit.) Einen bestimmten Vorschlag in Bezug auf die Abrüstung mache ich nicht. Ein solches Vorgehen hier, ohne daß die Sache im Volke Wurzel gefaßt hat, wäre sinnlos, und um bloße Demonstrationen zu machen, dazu ist unsere Partei zu stark geordnet. In anderen Ländern ist das Bedürfnis nach Frieden genau so groß wie im deutschen Volke. Ich habe mich persönlich in Frankreich davon überzeugt und auch den nicht arbeitenden Klassen den Puls gefühlt. Wie kann auch ein Kulturkampf einen anderen Wunsch haben, als den Frieden aufrecht zu erhalten? Der Krieg ist eine Brutalität, ein großartiges Verbrechen an der Menschheit. Der Militarismus tötet sich selbst; die moderne Wissenschaft, sein Knecht, zerdrückt die Waffen, die sie ihm an die Hand gegeben hat. Ich habe im Namen meiner Partei zu erklären, daß wir, getreu unserer prinzipiellen Haltung, gegen diese Vorlage stimmen werden; wir sind auch nicht dafür, daß sie in eine Kommission geht; denn technische Gründe können uns in unserer Meinung nicht erschüttern. Der Militarismus selbst muß fallen. Wir handeln hier in Einklang mit unseren Wählern und mit der Mehrheit des deutschen Volkes. Das Votum des 20. Februar dieses Jahres lautete: Bruch mit dem System des Fürsten Bismarck! Bismarck ist fort, nieder mit seinem System, nieder mit der Blut- und Eisenpolitik, und nieder mit dem Militarismus. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Rehp.): Die Rede des Abg. Liebknecht bewahrt den Spruch: „Nichts Neues unter der Sonne!“ Seine Rede hat frappante Ähnlichkeit mit den Aussprüchen des Revolutionärs Robespierre. Offentlich wird er dessen Macht nicht einstmals bekommen. (Heiterkeit rechts.) Das deutsche Volk wird niemals vergessen, daß es dem Fürsten Bismarck Einheit Freiheit und Vaterland verdankt. (Lebhafte Beifall rechts.) Die Dankbarkeit gegen den Fürsten Bismarck ist in die weitesten Volksschichten gedrungen. (Widerspruch bei den Soz.) Herr Liebknecht hätte sich den Abzug des Fürsten Bismarck aus Berlin ansehen sollen. (Lachen bei den Soz., Abg. Singer: Bestellte Arbeit! Große Unruhe rechts.) Gott sei Dank giebt es noch Millionen treuer Herzen in Deutschland, die niemals vergessen werden, was Fürst Bismarck geleistet hat. (Beifall rechts, Lachen bei den Soz.) Wer drängt denn zum Kriege? Wir nicht! In Rußland aber ist es die panslavistische Partei. In Frankreich hat man einen Mann wie Boulanger auf den Schild gehoben, eine direkte Kriegsgesfahr für uns. Und gerade Anhänger der französischen Sozialistenpartei sind Streiter für Boulanger gewesen. (Lachen bei den Sozialisten.) Auch heute wieder verlangt Herr Liebknecht Einnischung in russische Verhältnisse. Das würde uns eine sehr schroffe Zurückweisung eintragen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Richter hat in Fortsetzung des vom Abg. Bamberg neulich angeführten Tones sehr maßvoll gesprochen. Das giebt uns die Hoffnung, daß auch die freisinnige Partei für die Vorlage der Regierung stimmen wird. (Abg. Bebel: Na, na!) Herr Richter sprach von der Entwöhnung vom bürgerlichen Beruf durch die Militärszeit. Aber für eine große Menge von Personen, die unter den Arbeiterklassen stehen, bedeutet die Militärszeit eine Hochschule für Disziplin und Arbeitsgewohnung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Payer hat dieselbe Rede gehalten, die wir früher schon oft gehört haben. Er scheint

die Zeit, in der er nicht im Reichstag war, an den großen Ereignissen der Zwischenzeit ohne Aufmerksamkeit vorübergegangen zu sein. Er lagte besonders über die großen Lasten. Nun, diese haben wir Landwirthe doch in erster Linie gefühlt, und doch sind wir dem Fürsten Bismarck, dem größten Hori der Landwirtschaft (wenn links) sehr dankbar, daß er 20 Jahre lang es verstanden hat, durch diese Lasten den Frieden zu bewahren. (Beifall rechts.)

Abg. Hänel (Dfr.): Ich kann dem Herrn Abgeordneten Liebknecht nicht zustimmen in der Würdigung, welche er den Verdiensten des Fürsten Bismarck hat angedeihen lassen. Fürst Bismarck war zwar der schärfste Gegner der Partei, welcher ich anzugehören die Ehre habe, und niemand wird vermuthen, daß ich von meiner Opposition das Mindeste zurücknehme. Wenn ich die gewaltigen Verdienste anerkenne, welche Fürst Bismarck sich um Deutschland erworben hat (Bravo! rechts), um die Herstellung der Einheit und in der Art und Weise, wie er das neugeschaffene Reich in das europäische Konzert gebracht und zum Hori des Friedens in Europa gemacht hat. (Eingehautes Bravo! rechts.) Wenn Herr Liebknecht unserer Politik Viededienerei gegen Rußland vorwirft, so frage ich ihn: was denkt er denn eigentlich über die auswärtige Politik des von ihm so gelobten demokratisch regierten Frankreich, welche sich darauf zuopfert, uns bei Rußland den Rang abzulaufen? (Sehr gut!) Auch was er über Elsaß-Lothringen gesagt hat, kann ich nicht billigen. Was kann er vielleicht seinen jüngeren Genüßgenossen plausibel machen; aber ich wundere mich, daß er als mein Altersgenosse so wenig in der französischen Literatur der zwanziger bis sechziger Jahre bewandert sein sollte, daß er nicht Victor Hugo, Majet, Tzifre und Andere kennt, in deren Schriften der Ruf: „Wir müssen unsere natürlichen Grenzen, die Rheingrenze, wieder haben! Nevada für Waterloo! wiederhalte. Jetzt ist die Parole nur ein wenig anders, sie spricht sich eben auf Elsaß-Lothringen zu. (Sehr richtig!) Wir protestiren ferner dagegen, daß die Herren Sozialdemokraten sich als die alleinigen Vertreter des Volkes ausgeben. Wir sind alle Volksvertreter und haben ebenso wie sie den Anspruch und die Pflicht, an der sozialen Frage mit zu arbeiten. Anerkennen werden aber alle Parteien den Grundgedanken der Rede des Herrn Liebknecht müssen, daß das gegenwärtige furchtbare Rußland zum Kriege der Vernunft des menschlichen Geschlechts wenig Ehre macht. (Sehr wahr! links.) Freilich ist mit einem solchen Gedanken praktisch nichts zu machen; aber wenn die Entwicklung der Völkergemeinschaft zu einer dauernden Abrüstung führen würde, dann würde der Monarch, die Nation, der Staatsmann, welche dieses Ziel erreichen helfen, sich ein Lob erwerben, größer als es je der größte Feldherr sich erworben hat. (Sehr wahr! links.) Ich kann nur wünschen, daß diese Rede des Abg. Liebknecht in Frankreich, in Italien, in allen Ländern mit parlamentarischer Vertretung gehalten würde, um eine Verständigung unter den Völkern über die Abrüstungsfrage zu erzielen. Was die Vorlage selbst anlangt, so hat uns der Herr Kriegsminister die Zusage erteilt, daß wir klar sehen sollen, welche Forderungen uns noch bevorstehen, nach Maßgabe eines neuen Organisationsplanes. Es werden aber in der Kommission nicht nur Dinge der Technik, sondern auch die finanzielle Seite zur Sprache kommen müssen. Ein Organisationsplan erscheint mir unwidersprochen bleiben zu müssen, daß die unteren Volksklassen am Schwerten von der Militärpflicht betroffen werden. Wir müssen auf die Schaffung eines verantwortlichen Reichsministers Bedacht nehmen. Das kann durch eine kaiserliche Kabinettsordre geschehen. Es muß Vorzüge getroffen werden, daß ohne Billigung oder Zustimmung des betreffenden Ressortministers des Reichskanzlers niemals dem Kaiser Vortrag halte und ebenso ist der Kriegsminister durch eine Ordre anzuweisen, daß er in organischer Verbindung mit den anderen Ministern tritt und sich dem allgemeinen Botum derselben unterordnet. Wir schieben für die Fragen, welche mit der Technik zusammenhängen, der Militärverwaltung die Verantwortlichkeit zu. Die Situation ist für einen gewissenhaften Kriegsminister drückend, denn die Verantwortlichkeit des Parlaments schwächt sich naturgemäß bei einer solchen Behandlung ab. Was die Ablehnung der Verkürzung der Dienstzeit betrifft, so ist dieselbe in den Motiven ungenügend begründet und wir werden in der Kommission uns nähere Aufklärung erbitten müssen. Was die Frage der Dienstzeit anbetrifft, so geht die Forderung unserer Partei nur auf mögliche Verkürzung derselben. Der einjährig-freiwillige Militärdienst zeigt, daß bei einer gehobenen Bildung auch die Zeit von einem Jahre zur Ausbildung hinreicht. Wie läßt sich beweisen, daß von einem Jahre Dienstzeit sofort ein Sprung auf drei Jahre notwendig ist? Wir haben eine so weit verbreitete Mittelbildung in Deutschland, daß es möglich sein muß, eine große Zahl von Dienstpflichtigen in weniger als drei Jahren kriegerisch auszubilden. Wir glauben, der Widerstand dagegen entspricht nicht mehr aus politischen Reasonings; ich hoffe, man wird sich jetzt hieron frei machen und rein sachlich verhandeln. Die Vorlage werden wir gewissenhaft prüfen, eine definitive Stellung können wir zur Zeit noch nicht nehmen. (Beifall links.)

Reisender v. Caprioli: Wenn die auswärtige Politik hier gestreift worden ist, so kann ich mich einer Schilderung der politischen Lage um so eher enthalten, als die Thronrede das, was darüber zu sagen wäre, in klaren und verständlichen Worten ausgedrückt. Im Gegensatz zu dem, was der Herr Abgeordnete Liebknecht geäußert hat, muß ich anerkennen — und dankend anerkennen — daß die Erbschaft, die ich von meinem Amtsvorgänger in Bezug auf die äußere Politik übernommen habe, die denkbar glückliche ist. (Bravo!) Ich habe Verhältnisse vorgefunden, die fürs Erste mich zu keiner Aktion, zu keiner persönlichen Theilnahme zwingen, weil die Verhältnisse so klar und einfach liegen, daß sie weiterlaufen können. (Bravo!) Wir können unsere auswärtige Stellung einmal auf unsere eigene Kraft, die wir, um unsere Bündnisse zu erhalten, nicht hoch genug steigern können; dann vertrauen wir auf feste Bündnisse, um so mehr, als sie sich immer mehr auch in der Stimmung der Bevölkerung einleben. (Bravo!) Wenn mir der Herr Abgeordnete Liebknecht den Rath erteilt, ich sollte in der auswärtigen Politik „abwiegeln“, so ist das mir unmöglich, da ich nicht wüßte, wo ausgewiegelt worden wäre. Ich kann die Dinge nur laufen lassen, wie sie gelaufen sind, und meinem Vorgänger dafür nur dankbar sein. (Bravo!) Im vorliegenden Falle handelt es sich nicht um die Nähe eines Krieges, sondern nur um die Schwere eines Krieges, welcher vorgezogen werden soll. Fürst Bismarck hat in seiner großen Rede im Jahre 1887 die Lage geschildert, die bei uns eintreten würde, wenn wir geschlagen würden. Es liegt heute nicht um ein Jota anders. Es würden dann auch die Herren Sozialdemokraten nicht geschont werden, auch ihnen würde bis auf Weisheit zur Aber gelassen werden. Herr von Kardorff nöthigt mich noch zu einer Bemerkung in Bezug auf die Broschüre, die er erwähnt hat und von der er die Voraussetzung ausgesprochen hat, daß der Verfasser einen tiefen politischen Einblick gehabt haben müßte. Nach meiner Kenntnis der Akten des Auswärtigen Amtes muß ich dieser Voraussetzung auf das Entschiedenste widersprechen. Wer die Lage unseres Landes einigermaßen kennt, wird wissen, daß wir 80 Jahre nach der Völkergemeinschaft noch nicht dahin gekommen sind, die Provinz Posen so zu germanisiren, wie Viele es wünschen, und wie es früher von der Regierung angestrebt worden ist. Noch heute haben wir wendische Enklaven, noch heute wird in Lithauen und Masuren die Nachmittags-Predigt in einem nichtdeutschen Dialekt gehalten. Wenn der Verfasser Lust hat, zu germanisiren, so ist also innerhalb unserer Grenzen noch ein weites Feld dafür übrig. (Sehr richtig!) Ferner sei unsere Kiste an der Ostsee zu kurz! Ich habe mich fünf Jahre als Chef der Admiralität fleißig mit der Verteidigung der Ostsee beschäftigt und bin nie auf den Gedanken gekommen, daß dieselbe zu kurz sei. (Weiterkeit.) Aus dem Handelslande sind von Stettin bis Memel

Klagen an mich gekommen; sie klagen aber nicht, daß sie nicht noch mehr Konkurrenten haben, sondern daß sie ihnen an Hinterland fehle. Also einen so tiefen Einblick in die politische Lage zeigt der Verfasser nicht. Der Herr Abg. Hänel hat das Verlangen nach einem Reichsministerium ausgesprochen. Er sprach von dem Verhältnisse des Reichsfinanzministeriums und bezeichnete das als ein planloses Arbeiten. Dem möchte ich widersprechen. Es wird im Reiche so planmäßig gearbeitet wie in Preußen. Was an mir liegt, so bin ich unter allen Umständen bereit, die Verantwortung, die mir die Reichsverfassung auferlegt, zu tragen. Was den Organisationsplan betrifft, so hat der Herr Kriegsminister nur von Grundzügen gesprochen und uns nur eine Perspektive in die Zukunft eröffnet; von festem Plane kann nicht die Rede sein, da die verbündeten Regierungen sich noch nicht schlüssig gemacht haben. Im Wesentlichen dreht sich die Anforderung, welche Herr Hänel an einen solchen festen Plan stellt, mit dem des Herrn Abg. Richter. Es kommt auf drei Dinge heraus: zuerst Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Ich glaube, jeder Soldat würde darin mit ihm übereinstimmen, und wir würden lieber eine starke als eine schwache Truppe in der Hand haben. Das würde eine Erhöhung der Präsenzstärke um 50 pCt. bedeuten. So groß ist die Zahl der wehrfähigen jungen Männer, die nicht eingetruht werden können, weil uns Stellen dafür fehlen. Das Trübsende dieser persönlichen Last ist zu schroff dargestellt worden. Es wird mir deshalb ein Zurückgehen auf die historischen Verhältnisse erlaubt. Es ist bekannt, daß das preussische Wehrgesetz vom 8. September 1814 die Basis unserer militärischen Verfassung gebildet hat. § 3 dieses Gesetzes bestimmt, daß die Stärke des stehenden Heeres und der Landwehr nach der Bevölkerungsziffer sich zu richten hat. Die Präsenzstärke basirt auf dem Gesetz von 1887 und beträgt 468 400 Mann bei einer Bevölkerung von 48 850 000. Das ist also 1 pCt. der Bevölkerung. So ist der gegenwärtige Zustand, und wenn man von einer zu starken Mehrbelastung redet, so müßte nachgewiesen werden, daß der Prozentsatz früher ein erheblich niedrigerer gewesen ist. Das ist aber nicht der Fall. 1816, also unmittelbar nach einem das kleine Preußen erschöpfenden Kriege, betrug der Prozentsatz 1,25, also $\frac{1}{4}$ mehr als heute. Allmählig ist es bis auf 0,79 Prozent im Jahre 1860 gesunken und zwar in den unglückseligen Tagen von Olmütz. Jeder kennt die Nachteile, welche der damalige Mangel an Soldatereifigkeit zur Folge gehabt hat. Ich wiederhole noch einmal: das Jahr mit der niedrigsten Präsenzstärke ist das in politischer Beziehung unglücklichste, dann steigt allmählig der Prozentsatz wieder im Jahre 1880 auf 1,10 pCt., 1881 auf 1,12 pCt. Nun hatte man unmittelbar nach dem Kriege das Gefühl, daß der Staat nicht so bald wieder zu militärischen Leistungen werde herangezogen werden, und so ging die Präsenzstärke allmählig wieder auf 0,94 pCt. im Jahre 1879, einen gleichen Prozentsatz zeigte das Jahr 1880. Heute also sind wir noch nicht auf dem Standpunkte, den wir im Jahre 1816 eingenommen hatten. Wenn Sie die jetzige Vorlage annehmen, so ist meine Ueberzeugung, daß nach der Volkszählung im Herbst dieses Jahres wieder ein Satz von 1 pCt. erreicht werden wird; das kann man doch nicht eine übermäßige Belastung der Bevölkerung nennen! (Sehr richtig! rechts.) Das Ausland hat uns mit unserem Prozentsatz allmählig wieder in die Höhe getrieben, und es fragt sich nun, ob wir uns auch weiter noch Mann für Mann von dem Ausland zu einer Vermehrung drängen lassen sollen, oder ob wir eine derartige Organisation treffen sollen, daß im Falle eines Krieges alle Wehrfähigen auch im Stande sind, ihre Waffen auszunutzen. In dieser Beziehung sind die Regierungen wohl eins mit dem Herrn Abg. Richter, der durch eine vollständige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht die volle Ausnützung der Wehrfähigen erreichen will. In der That können wir bei einer beschränkten Leistungsfähigkeit unserer Wehr nicht stehen bleiben. Das Halten von stehenden Heeren ist ungefähr zu vergleichen mit einer Versicherung, zum Beispiel gegen Feuer. Beides ist eine unproduktive Ausgabe, die man eben vermeiden würde, wenn man die Gewähr dafür hätte, daß es nicht brechen wird. (Sehr richtig!) Je besser aber der Staat sich vorsieht — und das ist der Vorzug gegenüber anderen Versicherungen — um so mehr wird die Gefahr eines Krieges überhaupt hinten gehalten. (Sehr richtig! rechts.) Wenn also in einer späteren Session die Regierung mit noch weiteren Entwürfen vor Sie tritt, so bitte ich Sie, sich durch dieselben nicht erschrecken zu lassen. Nun tritt bei Wehrordnungen für das Heer — wir wissen das ja aus der Konfiskation — gewöhnlich der Gedanke einer Reduktion der Dienstzeit. Ich theile die Ansicht des Herrn Hänel insofern, als die Frage der zwei- oder dreijährigen Dienstzeit ein parlamentarisches Schlagwort ist, ohne daß dabei militärtechnische Rücksichten ins Auge gefaßt werden. Bei einem Theil der Dienenden haben wir ja faktisch die dreijährige Dienstzeit nicht, dieselbe jedoch prinzipiell aufzugeben, möchte ich nicht rathen. Vergleichen Sie einmal die alte Plinte mit dem Gewehrmodell 1888. Wie verschiedene diese sind, so verschieden sind auch die Ansprüche, welche damals und heute an die Soldaten gestellt worden. Früher wurde nach einer Scheibe geschossen, und wenn dieselbe abgeschossen war, da war die einzige Frage, ob die Plinte getroffen habe oder nicht. (Weiterkeit.) Heute verchießt der Auszubildende 150 Kugeln, er muß sich sagen können, welche Flugbahn sein Geschos nehmen wird u. s. w. Kurz, die Schwierigkeiten in der Ausbildung sind ganz kolossal gewachsen. Ich möchte behaupten, selbst die Physiognomie Berlins beweist Ihnen das. Der spazierengehende Soldat ist an den Wochentagen von den Straßen Berlins verschwunden, höchstens sehen Sie denselben noch Sonntag und dann auch nicht in so angenehmer Gesellschaft, da es ihm an den Wochentagen an Gelegenheit fehlt, Bekanntschaften anzuknüpfen. (Weiterkeit.) Sie alle aber werden mit mir darüber einverstanden sein, daß eine Armee ohne Disziplin nicht das Geld werth ist, das sie kostet. Die Armee ist nutzlos, welche nicht zu jeder Zeit zu jedem Dienste zu verwenden ist. Derart muß die Disziplin sein, daß die Armee, ohne zu reflektiren, ihrem Führer in den Tod folgt. Es ist das eine Leistung, wie sie nirgendwo sonst im Staatsleben verlangt wird. Auch aus diesem Grunde könnte ich einer Änderung der Dienstzeit nur sehr schwer zustimmen, welche die Disziplin gefährden könnte. Die Disziplin aufrecht zu erhalten, ist ungleich schwerer, als früher. Wir dürfen die Agitation einer Partei im Lande nicht vergessen, welche bis jetzt allerdings noch keinen Einfluß auf die Armee gehabt hat, in deren Folge aber die Zuchtlosigkeit der Jugend zunimmt, mit der wir für die Folge zu rechnen haben. (Sehr wahr! rechts.) Wenn dies zugegeben wird, so kann von einer prinzipiellen Verkürzung der Dienstzeit nicht die Rede sein. Die dritte Forderung, welche gestellt wird, ist die jährliche Verbilligung der Präsenzliste. Es ist dies nicht eigentlich eine militärische, sondern mehr konstitutionelle Frage, über welche sich an und für sich reden läßt. Ich gebe zu: wenn einmal die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in die Hand genommen wird, so dürfte man vielleicht von der siebenjährigen Periode abgehen. Mit dem Steigen der Bevölkerung würde sich dann auch die Präsenzstärke ändern. Nach meiner persönlichen Ansicht könnte sich dann vielleicht eine fünfjährige Periode in Uebereinstimmung mit der Legislaturperiode und den Volkszählungen empfehlen. Jedenfalls ist das keine Frage, von der das Sein oder Nichtsein des Heeres abhängt. (Hört! hört! links.) Ich hebe hervor, daß ich nur meine persönliche Ansicht ausspreche, aber nicht dazu befugt bin, Ihnen seitens der verbündeten Regierungen irgend welche Zustände zu machen. Im Uebrigen weiß ich, daß die Vorlage in der Kommission bestens vertreten sein wird und hoffe auf Annahme derselben. (Beifall rechts.)

Abgeordneter Freiherr von Mantuffel: Ich kann erklären, daß die Dankbarkeit in der deutschkonservativen Partei nicht erlöschen wird für das, was Fürst Bismarck für uns, das Vaterland, für uns alle geleistet hat. Was Herr Liebknecht über das Wirken des Fürsten Bismarck gesagt hat, das beurtheilen, überlasse ich Jedem, denn mir fehlt der parlamentarische Ausdruck für den Grad des in jener Rede dem Reichsgefühl. Herr Liebknecht hat ferner den deutschen Mann in seinem Verhalten im Jahre 1866 angegriffen, ich empfinde in die Lektüre neuerer Geschichtswerke z. B. Treitschke, welcher die Lehren neuerer Geschichtswerke hat. Herr Hänel hat hervorgehoben, daß die Kommission müsse von Regierungsseite ein Finanzplan vorgelegt werden. Dann gehört aber das ganze Gesetz in die Budgetkommission, und wenn die mit der Erzeugung der gesamten Reichsfinanzanlage fertig werden sollte, ist nicht abzusehen. Ferner scheint mir es gefehlich nicht zulässig, durch eine einfache kaiserliche Kabinettsordre eine Verantwortlichkeit an Reichsministern zu schaffen. Wenn wir nun auch nach der ganzen politischen Lage nicht zweifeln dürfen, daß sie eine friedliche so können wir deshalb doch nicht auf die Vorlage verzichten. Wer aber wird als Garant auftreten können für die Stimmung französischer Chauvinisten und des heiligen Raschals? Herr Richter und Herr Liebknecht werden es nicht thun. (Sehr richtig!) Die Ausführungen des Herrn Richter gegenüber der Kommission unserer Militärausgaben weise ich auf die französischen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben der letzten drei Jahre hin, welche sich auf 5 Milliarden und 8 Milliarden belaufen. Ferner beträgt unser Militärbudget im Jahre 1888 85 Millionen weniger als das Frankreichs. Rußland sind leider authentische Zahlen nicht bekannt. Wenn man die Artillerie ins Auge faßt, deren Vermehrung eine plötzliche Vermehrung eintreten zu lassen, denn die Ausbildung für diese Massen ist eine viel zu schwierige. Vor 1888 hatte Deutschland 340 Batterien, Frankreich 448, im Jahre 1888 Frankreich 481 Batterien, während wir nach dieser Angabe immer erst 484 Batterien haben werden. Außerdem stehen wir unsern Gegnern in den Verspannungsverhältnissen erheblich nach. Was die Verkürzung der Dienstzeit anlangt, so möchte ich darauf hinweisen, daß schon jetzt die Leute nicht ganz drei Jahre, sehr viele aber nicht ganz zwei Jahre dienen. Die Herren von der Volkspartei wollen nun die Dienstzeit für die Infanterie allein verkürzen. Dabei kommt aber die ländliche Bevölkerung zu kurz, welche ein großes Kontingent zur Kavallerie stellt. Zum Schluß will ich noch den vorgeschlagenen Kartell-Vertrag in Schutz nehmen. Das eine der größten Dienste hat er sicher gehabt, daß er zur Erhaltung des Friedens beigetragen hat. Fast alle Militärvorlagen sind mit einer derartigen Majorität theilweise sogar en bloc, wie die Generaloberlage, angenommen worden, und das hat sicher zur Verkürzung der Gemüther auch im Auslande beigetragen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff bemerkt, er habe dem Verfasser der Broschüre, „Vidant consules“ keine tiefere Einsicht zugesprochen, sondern nur sagen wollen, daß er Kreisen nahe gestanden zu haben scheint, in denen bestimmte politische Strömungen bemerkbar waren.

Die Vorlage wird an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Darauf wiesen die Abgg. Hammacher, Kochmann und von Busse zu Mitgliedern der Reichsaubdenkommission und die Abgg. Beloch, Kropatschek und Meyer-Berlin zur Verstärkung dieser Kommission gewählt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Abänderung der Tagesverordnungen.) Schluß 5 Uhr.

Die Verbandsvereine können ihren Mitgliedern namentlich die folgenden Vorzüge bieten: 1. Unentgeltliche Rechtsberatung und Rechtschutz; 2. Arbeitsbeschaffung und Arbeitsgeld; 3. Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, sowie bei Arbeitsvertritten; 4. Unterstützung in sonstigen Nothfällen; dieselben können auch auf die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden; 5. allgemeine und berufliche Bildung durch Vorträge, Diskussionen, Unterweisungen, Bibliothek und Zeitschriften, insbesondere Förderung der körperlichen, technischen, geistigen und sittlichen Ausbildung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter; 6. Vertretung der Rechte und Interessen der Mitglieder, insbesondere durch Errichtung von Schieds- und Einigungsämtern.

Die Verbandsvereine können ferner für ihre Mitglieder in Fällen der Krankheit, der Invalidität, des Alters, des Todes; 2. Sparrassen, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gründen. Für die in diesem Paragraphen bezeichneten Rassen und Genossenschaften sind besondere Statuten auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zu errichten; die Verwendung von Geldern derselben für Zwecke des Verbandsvereins ist unzulässig.

Die rußlosen Chaten der Badesrüberin Maria wurde aus Mariendorf lassen sich nur aus einem kleinen Zustande oder aus einem angeborenen moralischen Defekt erklären. Auf letzteren läßt das ganze Uebereinstimmen. Sie ist eine strenglich kräftig gebaute Person mit dunkelblondem Haar und blauen Augen, macht Aussehen, die einander widersprechen, scheint jedoch ruhig zu sein. Das Heno'sche Kind erklärt sie gestohlen zu haben, weil sie „Kinder so lieb habe“, und dem armen kleinen Jungen „habe sie den Mund gestopft, weil er gar so arg schrie“. So erklärte sie vorgehen bei ihrer ersten Vernehmung vor dem Staatsanwalt im Amtsbureau zu Tempelhof. Die Verbrochene ist 22 Jahre alt und gab bei ihrer Vernehmung an, daß sie verheiratet sei, doch bald stellte es sich heraus, daß diese Behauptung, wie noch manche andere Angabe, die sie machte, zu der Wahrheit im Widerspruch steht. Thatsache ist jedoch, daß die Rede, die nach allen Mittheilungen, welche über sie bekannt werden, von Kindheit an ein nichtsnütziges Wesen gewesen ist, längere Zeit zu einem Steinseher K. in der Flensburger Straße hier selbst in sehr vertraulichen Beziehungen gestanden hat. Zu ihm kam sie am 30. vorigen Monats mit einem kleinen Kinde. Es war die kleine Anna Heno, und die Rede behauptete, daß sie das Mädchen aus einer Waisenanstalt erhalten habe und adoptiren wolle. K. scheint diese Erzählung geglaubt zu haben. Vier Tage lang hat sich die Rede mit der kleinen Anna bei K. aufgehalten, den sie als ihren Brautigam betrachtete; dann ist sie mit der kleinen zu ihrer in Mariendorf anliegenden Mutter gegangen. Der Mutter hat sie erzählt, daß sie eine kleine Tochter aus einer früheren Ehe der K. sei. Am 10. d. M. ist die kleine Heno, mit gelegentlichen Unterbrechungen, welche ihre Entführerin mit ihr zu besuchen an Orte selbst ben hte, bei der Mutter der Rede zu bleiben. Am 10. d. M. nach einigen Angaben erst am 11., ist die Rede zum dem Kinde bei dem Bauern Th. in Tempelhof erschienen, hat auch dort die kleine für ein Kind K.'s ausgegeben und hat es dort zurückgelassen mit der Bitte, es einige Zeit zu beaufsichtigen. Dann ließ sie sich bis vorgestern Nachmittag wieder sehen. Wo sie in der Zwischenzeit gewesen

Parlamentarisches.

Von den deutschfreisinnigen Abgeordneten Dr. Dieck, Ebert, Dr. Hänel, Dr. Schneider und Schrader, unterstügt von 40 anderen freisinnigen Abgeordneten, ist ein Initiativgesetz beim Reichstag eingebracht. Der Antrag besteht in einem dem ersten Antragsteller verfaßten Gesetzentwurf, betreffend eingetragene Berufsvereine, welcher nach Art des nassenjohannis- und Disziplinengesetz Normativbestimmungen stellt, durch deren Erfüllung Vereinigungen, welche die Förderung der Berufsinteressen und gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, die Rechte der juristischen Person erlangen können. Die Hauptbestimmungen des Entwurfs lauten:

1. Die Berufsvereine können ihren Mitgliedern namentlich die folgenden Vorzüge bieten: 1. Unentgeltliche Rechtsberatung und Rechtschutz; 2. Arbeitsbeschaffung und Arbeitsgeld; 3. Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, sowie bei Arbeitsvertritten; 4. Unterstützung in sonstigen Nothfällen; dieselben können auch auf die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden; 5. allgemeine und berufliche Bildung durch Vorträge, Diskussionen, Unterweisungen, Bibliothek und Zeitschriften, insbesondere Förderung der körperlichen, technischen, geistigen und sittlichen Ausbildung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter; 6. Vertretung der Rechte und Interessen der Mitglieder, insbesondere durch Errichtung von Schieds- und Einigungsämtern.

Die Verbandsvereine können ferner für ihre Mitglieder in Fällen der Krankheit, der Invalidität, des Alters, des Todes; 2. Sparrassen, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gründen. Für die in diesem Paragraphen bezeichneten Rassen und Genossenschaften sind besondere Statuten auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zu errichten; die Verwendung von Geldern derselben für Zwecke des Verbandsvereins ist unzulässig.

Lokales.

Die rußlosen Chaten der Badesrüberin Maria wurde aus Mariendorf lassen sich nur aus einem kleinen Zustande oder aus einem angeborenen moralischen Defekt erklären. Auf letzteren läßt das ganze Uebereinstimmen. Sie ist eine strenglich kräftig gebaute Person mit dunkelblondem Haar und blauen Augen, macht Aussehen, die einander widersprechen, scheint jedoch ruhig zu sein. Das Heno'sche Kind erklärt sie gestohlen zu haben, weil sie „Kinder so lieb habe“, und dem armen kleinen Jungen „habe sie den Mund gestopft, weil er gar so arg schrie“. So erklärte sie vorgehen bei ihrer ersten Vernehmung vor dem Staatsanwalt im Amtsbureau zu Tempelhof. Die Verbrochene ist 22 Jahre alt und gab bei ihrer Vernehmung an, daß sie verheiratet sei, doch bald stellte es sich heraus, daß diese Behauptung, wie noch manche andere Angabe, die sie machte, zu der Wahrheit im Widerspruch steht. Thatsache ist jedoch, daß die Rede, die nach allen Mittheilungen, welche über sie bekannt werden, von Kindheit an ein nichtsnütziges Wesen gewesen ist, längere Zeit zu einem Steinseher K. in der Flensburger Straße hier selbst in sehr vertraulichen Beziehungen gestanden hat. Zu ihm kam sie am 30. vorigen Monats mit einem kleinen Kinde. Es war die kleine Anna Heno, und die Rede behauptete, daß sie das Mädchen aus einer Waisenanstalt erhalten habe und adoptiren wolle. K. scheint diese Erzählung geglaubt zu haben. Vier Tage lang hat sich die Rede mit der kleinen Anna bei K. aufgehalten, den sie als ihren Brautigam betrachtete; dann ist sie mit der kleinen zu ihrer in Mariendorf anliegenden Mutter gegangen. Der Mutter hat sie erzählt, daß sie eine kleine Tochter aus einer früheren Ehe der K. sei. Am 10. d. M. ist die kleine Heno, mit gelegentlichen Unterbrechungen, welche ihre Entführerin mit ihr zu besuchen an Orte selbst ben hte, bei der Mutter der Rede zu bleiben. Am 10. d. M. nach einigen Angaben erst am 11., ist die Rede zum dem Kinde bei dem Bauern Th. in Tempelhof erschienen, hat auch dort die kleine für ein Kind K.'s ausgegeben und hat es dort zurückgelassen mit der Bitte, es einige Zeit zu beaufsichtigen. Dann ließ sie sich bis vorgestern Nachmittag wieder sehen. Wo sie in der Zwischenzeit gewesen

hat sich vorläufig nicht feststellen lassen und unerklärlich scheint es, daß man nicht sofort der Ortspolizei Anzeige von dem Verschwinden eines fremden Kindes gemacht hat. Als die Rede vorgestern Nachmittag wieder erschien und die kleine Heno der Person ansichtig wurde, brach das Kind in lautes Schreien aus und wollte sich nicht beruhigen lassen, was sehr erklärlich scheint, denn die Neede hat, wie unverkennbare Spuren deutlich beweisen, die kleine Alma nicht nur geschlagen, sondern ihr auch mit einer Stricknadel die Ohrläppchen durchstochen und ihr die eigenen goldenen Ohrgehänge hereingehängt. Die Neede hat die wiederholten Ermahnungen nicht beachtet, sondern sich abermals, jetzt begab sie sich nach dem Tempelhofer Felde, wo sie die schlimmere That, den Mord an einem kleinen Knaben beging. Das Kind hieß Richard Karbaum, war sieben Monate alt und der einzige Sohn des Schmiedes Adolf Karbaum, der mit seiner Frau eine Wohnung in der Krabitzstraße inne hat. Die Neede knipfte auf dem Felde mit Frau Karbaum an, was bedrohlich erleichtert wurde, daß Letztere infolge eines unglücklichen Zufalls gerade in der Gesellschaft einer Kousine der Neede stand. Diese verschaffte sich die Erlaubnis, den kleinen Karbaum in dessen Kinderwagen spazieren fahren zu dürfen. Was darauf geschah, weiß man nur aus dem schrecklichen Kunde, der bald darauf gemacht wurde, als man den kleinen Jungen, vollständig entkleidet, den Mund voll Gras und Sand gestopft, vollendet in der Nähe der Chaussee fand. Der Körper war, als er entdeckt wurde, schon kalt, aber noch nicht steif. Zwischen 9 und 10 Uhr Abends erschien die Neede wieder in Tempelhof, um die kleine Heno abzuholen. Sie brachte den Wagen mit, in welchem die Heno des Karbaum'schen Ehepaars seiner Mutter entlehnt hatte und in dem sich noch die Kleider des ermordeten Kindes befanden. Alma Heno wurde der Neede übergeben, die sich mit dem Kinde auf dem Weg nach Mariendorf machte. Nicht weit von dem Orte begegnete der Neede ein Mann, der sie und ihren Kuf kannte und wußte, daß sie keine eigenen Kinder habe. Dieser Mann fragte die Person, auf welche Weise sie zu dem Kinde gekommen sei. Die Neede machte Ausflüchte, die dem Manne verdächtig erschienen, und wiederlegte die Aufmerksamkeit eines Gendarmen auf die Person. Weiterhin waren auch schon Meldungen vom Verschwinden des Karbaum'schen Knaben eingelaufen, und da in Mariendorf endlich der Verdacht rege wurde, daß das Mädchen, welches die Neede bei sich hatte, die kleine Heno sein könne, und der Wagen, den die Neede mitgebracht hatte, der Beschreibung entsprach, die die Karbaum gegeben hatte, so wurden beide Elternpaare verhaftet, sofort nach Mariendorf zu kommen. Dort fand Frau Heno ihre vermählte Tochter und die Neede gefandt, den kleinen Karbaum ermordet zu haben, ohne jedoch irgend welche andere Umstände für die That anzugeben, als, wie oben schon mitgeteilt, die richtige Ursache, daß das Kind geschrien habe. Als Alma Heno ihren Eltern zurückgegeben wurde, trug sie Kleider, die nicht ihr und auch nicht dem Karbaum'schen Kinde gehörten. Auf Grund dieses Umstandes fürchtet man, daß die Neede vielleicht noch andere Kinder getödtet und beraubt haben könnte.

Die Badezeit beginnt. Gestern wurden bereits folgende Badeanstalten geöffnet: Das neu erbaute Schwimmbad und Waderassin für weibliche Personen an der Lessingbrücke in Moabit, das Schwimmbad und Waderassin für männliche Personen an der Waisen- und an der Schleusenbrücke, das Schwimmbad unter der Schillingbrücke (abgeschlossen für beide Geschlechter), ferner die Badeanstalten für männliche Personen an der Waisen-, Schilling- und Schleusenbrücke, an der Burgstraße und an Nordwallen, für weibliche Personen an der Waisen-, Schilling- und Schleusenbrücke. Das neu erbaute Schwimmbad und Waderassin an der Moabit Brücke (Vollbau) wird demnächst eröffnet werden.

Folgende Schwimmbad-Anstalten werden bei der „Post“ Ztg. angefragt: „Personalkredit erhalten selbständige Personen jeden Standes, namentlich Industrielle, Kaufleute, Beamte, Offiziere, Grundbesitzer, Kavaliere etc. streng diskret, von 500 bis 1000 M. zu 6 pCt. ohne Vormerkung. Nähere Auskunft ertheilt (eigentlich Name) Budapest; mit drei Retourkarten versehenen Anlagen werden prompt beantwortet.“ Die drei Retourkarten sind die Hauptsache; es läppert sich, und die Dummen, denkt der Herr in Budapest, werden nicht alle.

Seltene Jaungäste. An dem Bauzaun, der den Aquatoriums-Neubau, Ecke der Linden und der Schadowstraße, umgibt, haben thätensüchtige und talentvolle Schüler des Professors Weyherich das obere Schinddach absonderlich geschmückt. Eine höchst merkwürdige Gemaldegalerie ist da entstanden — die mit des „Aquariums“, diese eigenartige, bunte, abenteuerliche Welt prangt nun in Bildern am Zaun. Mit der „Heitungsgelände“ beginnt die lange Reihe, mit jenem unglücklichen Thier, das das endlosen Jahren erdarmungslos Jagd gemacht wird, und das doch noch immer nicht sterben will. Dann kommt eine lang, halberingelte und gebogene Schlange, welche sich durch die große Wälder, die sie trägt, als Brillenschlange zu erkennen giebt. Ein anderes Bild zeigt allerhand liebliche Amphibien beim Regenspiel, wieder ein anderes die verschiedensten Geschöpfe des Thierreichs im Nordseebad; in der Mitte sieht der Herr Jaungast — kein Jaungast, wie man wohl glauben sollte, sondern ein dickeantiger Wasservogel — und vor ihm sehen sich die langbeinigen Frösche im Koppfrung. Ob das eine Parodie auf den „Tauerer“ oder auf den „Blinden König“ sein soll, ist nicht anzugeben. Nun kommt ein weinendes Krokodil, das seine Thränen in einer Flasche sammelt; offenbar eine neue Auffassung des alten Liedes „Ja und mein Fläschchen sind immer beisammen.“ Auf einem anderen Bilde sieht man eine sehr geschmackvolle Gesellschaft beisammen, Aulstern, Kaviar, Salaten und Meisenstör, wundervoll appetitlich und einladend. Und dann kommt — auf der Seite der Schadowstraße — das hübschste und Lustigste. Eine Krähe haßt der andern die Augen nicht aus, steht unter dem Bilde. Zwei gemüthvolle, menschlich vernünftig dreinschauende Krähen sitzen im Schnee und haben — höchst sonderbar! — sich thätlich die Augen nicht aus. Und doch hatten sie hier die beste Gelegenheit, in des Wortes schönstem Sinne einen Streit vom Zaune zu brechen! Das Bild ist mit wundervollem Humor gemalt. Noch allerlei giebt es an dem merkwürdigen Zaun zu sehen — zum Schluß eine fidele Kneipstunde in der „Krause“, wo es von Salamandern und Molchen und Drachen sich regt in dem furchtbaren Höhenrachen.

Der Hund als Lebensretter. Eine sehr aufregende Szene spielte sich am Samstagabend, gegen 12 Uhr Mittags, auf dem Spandauer Schiffahrtskanal unweit der Seestraße ab. Eine Schloßherren Frau H. Wilsnaderstraße wohnhaft, ging dort auf dem Promenadenwege mit ihren Kindern, einem Knaben, Otto, 6 Jahre alt, einem vierjährigen Mädchen und einem Knaben, den sie im Strohwagen fuhr, spazieren. Plötzlich wurde dem Knaben Otto durch einen heftigen Windstoß der Strohhut vom Kopfe gerissen und die leichte Kopfbedeckung flogerte, die steile Böschung hinab, ungeschicklich dem Wasser zu. Der Knabe war seinem Gute nachsehen seiner nachschauenden Mutter, durch einen Fehltritt kopfsüßen in die kalte Fluth getürzt. In diesem kritischen Augenblick kamen gerade zwei junge Leute, anscheinend Studenten, des Weges, welche einen großen prächtigen Bernhardsiner Hund mit sich führten. Die Gefahr, in der der Knabe schwabte, erkennend, wurde der Hund sofort seines Maulkorbes entledigt und sodann von seinem Herrn unter dem Kommando: „March, such, verloren, Apport!“ ins Wasser getrieben. Das kräftige, wohlbesetzte Thier packte auch richtig den auftauchenden Knaben mit den Zähnen an seiner Kleidung und schwamm mit seiner Würde majestätisch dem Ufer zu. Der getriebene Knabe war bewusstlos; er hatte eine gute Portion Wasser geschluckt, erholte sich indes bald wieder und wurde auf Bitten der Mutter von einem hilfsbereiten Arbeiter des Moabiters Gewerks nach der elterlichen Wohnung getragen. Der gelehrige Hund war auf Befehl seines Herrn noch einmal ins Wasser gegangen und hatte auch den auf der Wasseroberfläche dahin schwimmenden Strohhut zurückgebracht. In einer nachbar-

lichen Restauration erhielt „Sultan“ als Belohnung für seine brave That einen reichlichen Vorkerbissen.

Die Lokalkommission von Friedrichshagen giebt den Ausschüßern unserer Parteirichtung hiermit bekannt, daß auch der Pächter des Restaurants „Rüggelschloßchen“, Herr P. Jibolsky, jetzt seinen Saal zu Versammlungen giebt und das „Berliner Volksblatt“ auslegt. Desgleichen liegt bei W. Beerensflecher, Stehbierhalle, das „Berliner Volksblatt“ aus.

Die Brauerei „Gambrius“ in Charlottenburg verweigert unter allen Umständen so lange ihren Saal zu Versammlungen, bis die Sperre über das Bayerische Bier aufgehoben wird.

Polizeibericht. In der Nacht zum 13. d. M. vergiftete sich ein Dienstmädchen in der Wohnung seiner Herrschaft in der Oranienburgerstraße mittelst Schwefeläure und verstarb am Tage darauf im städtischen Krankenhaus, wohin es gebracht worden war. — Am 14. d. M. gegen Abend gerieth ein dem Trunke ergebener arbeitstüchtiger Arbeiter in der Simeonstrasse wohnhaft, mit seiner Ehefrau in Streit. Letztere ergriff dabei einen Feuerhaken und brachte ihrem Mann mit demselben deraartige Verletzungen am Kopfe bei, daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 15. d. M. entstand auf dem Grundstück Ludauerstr. 18 in der Wohnung des Fleischermeisters Bövy durch Feuer, daß das Dienstmädchen ein brennendes Licht neben das Bett gestellt hatte und ohne zu löschen eingeschlafen war. Das Mädchen erlitt erhebliche Brandwunden und wurde nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht. Außerdem fanden am 14. d. M. noch an zwei Stellen kleinere Brände statt. — Am 15. d. M. Morgens wurde in der Spree, an der Oberbaumbrücke, die Leiche eines unbekanntes, etwa 40 Jahre alten Mannes, und im Spreetanal, nahe der Schloßbrücke, die Leiche eines etwa 50 Jahre alten unbekanntes Mannes aufgefunden. — Als Vorhut des Droschkensulfur Thorewest mit seinem Gefährt den Hof des Grundstücks Hochstraße 35 verlassen wollte, wendete das Pferd plötzlich um, so daß er vom Bod fiel. Thorewest blieb mit einem Fuß am Trommelfeder hängen, schlug mit dem Kopf auf das Pflaster und erlitt hierbei so schwere Verletzungen am Kopfe, daß er nach dem Augustus-Hospital gebracht werden mußte, wo er bald darauf verstarb. — Nachmittags wurde in der Spree, gegenüber dem Hause Reichstags-Ufer 8, die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden.

Soziale Uebersicht.

Metallarbeiter Berlins! Die Opfer, welche der 1. Mai uns auferlegt hat, lassen sich jetzt erst in ihrer ganzen Tragweite erkennen, nachdem die Kollegen, von der Noth gezwungen, sich an uns um Unterstützung gewandt haben. Trotzdem uns 3000 M. zur Verfügung standen, sind wir nur im Stande gewesen, den Verheiratheten 6 M., den Unverheiratheten 4 M. auszugeben; die Zahl der Gemahregelten eine so große ist. Doch so auch die Zahl groß ist, wie verschwindend klein ist sie gegen die Zahl derjenigen, die sich so oft verpflichtet haben, den 1. Mai zu feiern, aber durch die Verhältnisse gezwungen waren, ihr Versprechen nicht zu halten, welche sie nicht auch das gleiche Schicksal treffen. Aber gerade unter denjenigen findet man nicht die Theilnahme, welche man zu erwarten berechtigt ist. Kollegen! Es handelt sich hier nicht um einen Streit, über den die Meinung verschieden noch getheilt sein kann, sondern gewissermaßen um einen Verdingungskrieg, den das vereinigte Kapital gegen die sich nicht bedingungslos unterwerfenden Arbeiter führt! Erlahmt daher nicht in Euren wenn auch schon so oft in Anspruch genommenen Opfermüthe! Wo es Euch nicht gestattet ist, in Fabriken zu sammeln, werdet Ihr schon Mittel und Wege finden, Euer Scherlein zu entrichten, wenn Ihr nur Willens seid, etwas für Eure Kollegen zu thun. Agitiert daher und sammelt, so viel Ihr könnt, damit die jetzt schon herrschende Noth nicht noch größer werde. Sammelstellen sind bei dem Kassirer Otto Klein, Ritterstraße 15, und Gustav Wolff, Reinickendorferstr. 14a, sowie auf die besannten Zettelstellen zu haben, etwaige Anfragen an Joseph Hartmann, Reichsbergerstr. 73 zu richten. Der Vorstand des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins, Berlin und Umgegend.

Versammlungen.

Für sämtliche Zimmerer Berlins und Umgegend war am 14. eine öffentliche Versammlung nach Mal's Festhalten (früher Heydrich), Deutschstr. 20, einberufen worden. Der wichtigen Tagesordnung wegen hatten sich die Kameraden, trotz des überaus schlechten Wetters, doch ziemlich zahlreich eingefunden. Die Versammlung, welche das Lokal gefüllt hatte, betraute den Gesellen-Ausschuh mit ihrer Leitung. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Kamerad Seitz, den zweiten Punkt der Tagesordnung als erlen zu verhandeln. Dieser Antrag wurde durch Mehrheitsbeschluß abgelehnt und blieb somit die Tagesordnung wie festgesetzt bestehen. Der erste Punkt lautete: Abrechnung der Bewegung von 1889. Als erster Redner nahm hierzu das Wort Herr Jäckel, die Abrechnung vorlesend. Derselbe ergab eine Gesamteinnahme von 4737 M. 25 Pf. und eine Restforderung der Berliner Zimmerleute an Herrn Jäckel von ziemlich 3000 M., welche Herr Jäckel in kürzester Zeit zu tilgen versprach. Kamerad Lehmann brandmarkte in unabweisbarer Weise das Verhalten des Herrn Jäckel und stellte nochmals den f. B. in der Brauerei Friedrichshagen mit schwacher Mehrheit abgelehnten Antrag, dahingehend, Herrn Jäckel aller Aemter zu entkleiden und ihn für unwürdig zu erklären, fernerhin ein Amt in der Arbeiterbewegung zu bekleiden. Der Antrag lautete wörtlich: „In Anbetracht, daß es bewiesen, daß Herr Jäckel: 1. Die Bücher während der Revision gefälscht hat; 2. 3449 M., welche bis zum 1. Dezember eingegangen sind, nicht gebucht hat und annehmen ist, daß Jäckel dieses absichtlich gethan hat, entsetzt die heutige Versammlung denselben aller Aemter, welche derselbe von den Berliner Zimmerleuten inne hat und erklärt denselben für jetzt und in Zukunft für unwürdig, irgend ein Amt in der Arbeiterbewegung zu bekleiden.“ Dieser Antrag wurde nach eingehendster Erörterung der Angelegenheit mit allen gegen eine Stimme angenommen. Ferner gelangte einstimmig folgender Antrag zur Annahme: „Die heutige öffentliche Versammlung beauftragt den Gesellen-Ausschuh, sämtliches noch in den Händen des Herrn Jäckel befindliches Material sofort in Empfang zu nehmen und den Tag zu bestimmen zur Zurückzahlung des bewußten Geldes.“ Auch wurde beschlossen, die nunmehr dritte Abrechnung drucken zu lassen. — Nach Erledigung dieser Angelegenheit gelangte der zweite Punkt der Tagesordnung: „Der Hamburger Zimmererstreik und wie verhalten sich die Berliner Zimmerer dazu?“ zur Verhandlung. Der von Hamburg erwartete Referent war nicht erschienen, so ersetzte Kamerad Ortlund Bericht über den Hamburger Streik, sich seiner Aufgabe in angelegentlichster Weise erledigend. An den Bericht knüpfte sich eine lange und lebhafteste Debatte, in welcher ausnahmslos die energischste Unterstützung der Hamburger Kameraden beizutreten wurde. Das Gleiche galt für Stettin. Die Versammlung beschloß mit allen gegen eine Stimme, daß am Sonntag alle arbeitenden Kameraden für die ausgesperrten Hamburger Kameraden 1 M. zu zahlen haben. Das Weitere bleibt dem Gesellen-Ausschuh überlassen. Zu diesem Zwecke wurden Sammelstellen veranlagt. Auch wurde es jedem arbeitenden Zimmergesellen zur Ehrenpflicht gemacht, zum Generalfonds beizutreten und zwar wieder regelmäßig, nachdem Jäckel befeitigt worden sei, um die Frage: „Wie schätzen wir unsere Platz- deputierten?“ welche den dritten Punkt der Tagesordnung bildete, in geeignetster Weise durch Unterstützung der Gemah-

regelten zu lösen. In einer schließlich noch zur Annahme gelangten Resolution verpflichteten sich die Anwesenden und ihre Familien, das bevorstehende Schützenfest (Bundeschießen), zu welchem die Stadtverwaltung, die für die Kinder der Mitglieder der freiwilligen Gemeinde keine Schulräume hat, 40 000 M. bewilligt hat, nicht zu besuchen. Mit verschiedenen Bekanntmachungen schloß die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Kartnarbeiterinnen und Arbeiter tagte am Dienstag Abend im großen Saale der Brauerei Friedrichshagen, um der gesammten Arbeiterschaft Berlins einen genauen Bericht über den Verlauf und Ausgang des Streiks zur Kenntniß zu bringen, weshalb auch dieselbe ganz speziell dazu eingeladen war. Herr Greisenberg als Vorsitzender und zugleich Einberufer nimmt zuerst das Wort und spricht sein Bedauern über die geringe Anzahl der Anwesenden aus. Er hätte versucht, die Genehmigung einer öffentlichen Volksversammlung zu erhalten, um die obengenannte Sache zur Erledigung zu bringen, aber dreimal sei die Genehmigung abgelehnt worden, so daß er gezwungen gewesen sei, dies unter dem Vorwande einer öffentlichen Versammlung der Kartnarbeiter und Arbeiterinnen zu ermöglichen. Frau Greisenberg als Referentin giebt dann zunächst ein klares Bild über die einzelnen Details des 3-wöchentlichen Streiks. Erst hätten die Arbeiter für sich allein vorgehen wollen, aber durch das energische Vorgehen der Arbeiterinnen, durch die eigenmächtige Aufstellung ihrer Forderungen, sich zu einem Kompromiß herbeigelassen, wobei sie behaupteten, daß durch die Arbeiterinnen der Streik illusorisch werden würde. Die Zeit aber hätte gezeigt, daß der Streik gerade durch die Arbeiter zu Wasser geworden. Die Arbeiter seien gewesen, welche zuerst ihr Versprechen, ohne daß die Arbeiterinnen eine Abnung gehabt hätten, gebrochen haben. In den vorangegangenen Versammlungen hätte man darüber abgestimmt, ob die Forderung eine acht- oder neunständige sein sollte und nur durch die Einwirkung der Jacobsohn'schen Arbeiter seien die acht Stunden durchgegangen; die Minderheit hätte sich aber solidarisch erklärt und sich der Majorität angeschlossen, und heute mühte man die traurige Thatsache konstatieren, daß es gerade einzig und allein die Jacobsohn'schen Arbeiter gewesen sind, welche den Streik zu Grunde gerichtet haben. An der weiteren Diskussion betheiligten sich die Herren Thamm, Rogmann, Müllig, Kurth, Hesse, Siegfried, und die Damen Dallmann, Gubela, Pöck. Ein Angriff auf die Kommission von Seiten anderer Gewerkschaften, daß es unrecht gewesen sei, die gebotenen neun Stunden nicht angenommen zu haben, wird zurückgewiesen, da die Kommission überhaupt nicht anerkannt worden sei, folglich könne man auch auf Bedingungen nicht eingegangen sein, die jeder der Fabrikanten den Arbeitern allein ohne die Arbeiterinnen angeboten hätte. In der weiteren Diskussion wird von verschiedenen Seiten zu Muth und Ausdauer ermahnt, sich trotz der Niederlage treu und einig zusammenzuhalten, wenn der Sieg auch kein pelamärit wäre, so hätte doch der Streik seinen Nutzen darin, daß hunderte aus dem Schlafe geweckt worden wären und so zu der Erkenntniß ihrer Lage gelangt wären. Herr Greisenberg bedankt sich vorläufig für die so zahlreich eingelaufenen Unterstützungen und ermahnt trotz des Verlustes, die bestehenden Organisationen nicht untergehen zu lassen, sondern sie um so mehr hoch und teuer zu halten.

Folgende zwei Resolutionen werden angenommen:
1. Die heutige in der Brauerei Friedrichshagen öffentlich tagende Versammlung der Kartnarbeiter und Arbeiterinnen erklärt, in Zukunft für unsere bekanteten Forderungen weiter zu agitieren, sie erklärt ferner unsere Organisation hoch zu halten und treue Mitglieder derselben zu sein.
2. Um einer wirklichen Verjüngung der Gemahregelten vorzubeugen, verpflichtet sich Jeder und Jede der heute in der Brauerei Friedrichshagen Anwesenden nach Kräften in die Unterstützungsliste beizutragen.

Der Allgemeine Metallarbeiter-Verein hielt am Dienstag, den 18. Mai, im Restaurant Wedding eine Versammlung ab, welche durch einen Vortrag des Herrn Voght über das Thema: „Nach dem 1. Mai“ eingeleitet wurde. An der Diskussion betheiligten sich die Kollegen Klein, Nikolaus und Unger, welche es den Metallarbeitern ans Herz legten, für ausreichende Unterstützung der Opfer des 1. Mai Sorge zu tragen, da die Fabrikanten dieselben in solch' rücksichtsloser Weise verfolgen, welche auch nur annähernd auszubauen, den Arbeitern mit Polizeimaßregeln verwehrt würde. Es wurde ferner die Zersplitterung gerügt, welche besonders unter den Metallarbeitern Platz gegriffen hat; die, anstatt sich immer fester zu vereinigen, von den großen Organisationen abfallen, wie es von den Klempnern geschehen ist und in jüngster Zeit von den Schleimern und Drechern versucht wurde; wo es doch angeht, die Kapitalistenringe so sehr geboten ist, mit großen geschlossenen Massen in's Feld zu treten. Unter Verschiedenem wurde der Brauerstreik in Erwägung gezogen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es den Brauereigenossen gelingen möge, ihre Forderungen durchzubringen; zu gleicher Zeit aber auch die Erwartung ausgeprochen, daß die Brauereigenossen fernerhin nicht mehr die Kapitalisten anlegen, sondern sich der Arbeiterbewegung anschließen werden. Dabei wurde die bornirte Heerei gegen den Boykott seitens der Arbeiter, welche sich einige Kapitalistenblätter zu schulden kommen lassen, einer abschäufigen Kritik unterzogen. Eine Frage, wie sich der Verein zur beabsichtigten Gründung des Drehervereins stellt, wurde durch eine scharfe Beurtheilung des Vorgehens einiger Personen durch mehrere Kollegen erledigt. Ueber die Frage, wie sich die Metallarbeiter zum Bismarckdenkmal stellen, ging die Versammlung zur Tagesordnung über. Nachdem noch einige Fragen in Vereinsangelegenheiten erledigt worden waren, machte der Vorsitzende auf die Statistik aufmerksam, welche am 1. Juni geschlossen wird und forderte zu eifrigen Geldsammlungen für Gemahregelte und zur Beschaffung des Metallarbeiter-Kongresses zu Weimar auf. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß die stark besuchte Versammlung.

Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Albumarbeiter tagte am 12. Mai in den Zentral-Festhallen. Auf der Tagesordnung stand: Maßnahme zur weiteren Ausbildung und Kräftigung des Vereins. Referent führte aus, daß die Lage der Albumarbeiter mit einer der schlechtesten sei. Die vom Verein angestrebte Bewegung zu Gunsten des neunständigen Arbeitstages sei durch die Schuld der meisten Arbeiter als gescheitert zu betrachten. Die Vortheile daraus kommen nur den Fabrikanten zu gute. Die Albumarbeiter haben denselben so recht mal ihre gänzliche Ohnmacht, ihre gängliche Uneinigkeit gezeigt. Redner schilderte die Zustände in den Werkstätten und schloß mit einem warmen Appell an die Albumarbeiter, fest zum Verein zu stehen. In der Diskussion wurde ausgeführt: Der Einzelne habe noch nicht seine Pflicht erfüllt, wenn er sich der Vereinigung anschliesse, jeder müsse ein Agitator für die Organisation sein und immer neue Mitglieder für dieselbe heranzuziehen suchen. Die Vortheile, welche der Verein bietet, sind immerhin bedeutend gegenüber den geringen Beiträgen, besonders soll der unentgeltliche Rechtschutz fleißig benutzt werden, es kämen oft Fälle vor, wo die Arbeiter ihr gutes Recht nicht verfolgen, nur weil ihnen die hierauf bezüglichen Gesetze nicht genügend bekannt seien. Es wurde ferner eine regere Benutzung des Arbeitsnachweises empfohlen. Die Arbeitslosenunterstützung könne erst dann segensreich wirken, wenn die große Masse der Albumarbeiter dem Verein angehöre. Hauptaufgabe der Vereinigung müsse stets sein, das Verständnis und Interesse für die wichtigsten Lebensfragen der Arbeiter zu erwecken. Eine dieser Aufgaben sei die Erreichung einer kürzeren Arbeitszeit. In allen Kreisen, in allen Parteien der heutigen Gesellschaft würde diese Frage diskutiert. Namhafte Personen, die sonst der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstünden, hätten die Berechtigung der achtständigen Arbeitszeit anerkannt. Selbst die Regierung hätte sich genähigt gesehen, ein Arbeiterschutz-Gesetz einzubringen, leider fehle die Hauptsache darin, der Maximalarbeitszeit.

Gerichts-Beilage.

Zu Rechtsakte. Man schreibt uns: Es ist 12 Uhr, in der Fabrik von Rietzel und Henneberg beginnt die Mittagspause. Mit geflügelten Schritten eilen die Arbeiter ihrer Wohnung zu, um ihr längliches Mahl einzunehmen, oder erwarten ihre Frauen, die in Körben das Essen in die Fabrik bringen. Zu den Besten gehörte am 29. v. M. auch der Modellistischer Bod, der mit gutem Appetit zu speisen gedachte. Aber zwischen Lipp und Schüsselrand, schweben dunkler Mächte Hand. Statt der erwarteten Gattin erschien ein Kriminalbeamter und forderte den Bod auf, ihn unverzüglich nach der nahe gelegenen Polizeiwache zu folgen. Dieser Aufforderung leistete Bod sofort Folge und um nicht kostbare Zeit mit Umkleiden zu verlieren, trat er den Weg nach der Polizeiwache mit Pantoffeln und Blouse an. Im Polizeibureau wurde Bod vom diensthabenden Nachtmeister vernommen: "Sie haben gestern Mittag, als Sie in Begleitung eines Kollegen die Straße entlang und an dem freilebenden Formor G. vorbeigingen, sich dahin geäußert, daß irgend welche, nicht näher bezeichnete Personen, mit dem Knäuel geschlagen werden könnten. Der Dreher B., welcher hinter Ihnen ging, hat diese Äußerung vernommen und zur Anzeige gebracht." Ich gebe zu, sprachsweise diese ganz allgemein gehaltene Äußerung gehört zu haben, antwortet Bod. "Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß Sie damit den freilebenden Formor G. zu Gewaltthätigkeiten gegen Nichtstreikende aufreizen wollten, hauptsächlich hat später der Formor G. einen nichtstreikenden Formor angehalten und Schuß tituliert. Es wird daher gegen G. und Genossen eine Anklage wegen Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung eingeleitet werden." Ich kann unmöglich für die Handlungen Dritter verantwortlich gemacht werden", entgegnete Bod, "ich bitte daher mich zu entlassen, damit ich noch im Stande bin, mein Mittagessen einzunehmen."

Dieser Wunsch sollte aber nicht in Erfüllung gehen, sondern Bod mußte mit knurrendem Magen eine Zelle beziehen, bis er um 4 Uhr von dem Polizeileutnant vernommen wurde, der ihm die Mittheilung machte, daß er nunmehr nach dem Polizeipräsidium überführt werde. Bod ergab sich in sein Schicksal und hat nun, man möge ihm gestatten, in Begleitung eines Beamten in die Fabrik zurückzulehren, damit er wenigstens Bod und Stiefel anziehen könne. Aber auch diese Bitte wurde abgelehnt und Bod mußte seinen Weg nach dem Alexanderplatz unter Eskorte eines Schutzmannes in Pantoffeln und Blouse zurücklegen. Im Polizeipräsidium warteten seiner neue Enttäuschungen. Bod hatte mit Sicherheit darauf gerechnet, bald vernommen und dann entlassen zu werden, aber Stunde um Stunde verrann, die Qual des Hungers wurde unerträglich, das Taschengeld in Höhe von 11 Pfennigen war bereits auf dem Polizeibureau beschlagnahmt worden, aber er wurde nicht zur Vernehmung vorgeführt. Endlich 12 1/2 Uhr Nachts wurde er halb ohnmächtig vor Hunger und ohne vernommen zu sein, in eine Einzelzelle eingesperrt. Am Mittwoch Morgen, nach fast vierundzwanzigstündigen Fasten, erhielt Bod wieder die erste Nahrung. Dann folgte das bekannte Bad, nebst obligater Desinfektion der Kleider, und Nachmittags per grünen Wagen die Einkleierung in das Untersuchungsgefängnis in Roabit. Wieder ein Bad und dann Haft in einer Einzelzelle. Auch der Mittwoch verging ohne Vernehmung.

Am Donnerstag tauchte in dem Gehirn des Bod, der verächtlich alle seine Kräfte anstrengte, um sich aus seiner qualvollen Situation zu befreien, die unbestimmte Erinnerung auf, irgendwo einmal gehört zu haben, daß jeder Inhaftirte innerhalb vierundzwanzig Stunden vom Richter vernommen werden müsse. Er richtete daher an den Aufseher das Gesuch, ihn zur Vernehmung beim Richter vorzuführen, erhielt aber die Antwort, er solle nur hübsch warten bis er an die Reihe komme. Und bei dieser Antwort blieb es auch den ganzen Donnerstag, was den Bod bald zur Verzweiflung brachte.

Am Freitag Mittag wurde er endlich dem Richter vorgeführt, und wie dies nach Lage der Sache gar nicht anders sein konnte, nach kurzem Verhör in Freiheit gesetzt. B. eilte nun, so schnell ihm seine pantoffelbeschwungenen Füße es gestatteten, zu seiner Familie zurück, die Tage banger Sorge verlebte hatte. Als Frau B. am Dienstag in der Fabrik erschien, wurden ihr nebst dem Gelde und den Sachen ihres Mannes auch dessen Entlassungsschein von dem Mitinhaber der Firma überreicht, der sich dabei in dunklen Andeutungen erging, daß wohl die verdiente Strafe nicht ausbleiben werde u. s. w. Man kann sich ungefähr vorstellen, welche Qualen die arme Frau erduldet, welche von ihrem Mannem Aufschluß über das Schicksal ihres Mannes erlangen konnte.

Auf vergangenen Mittwoch stand nun vor dem Schöffengericht Termin in dieser Sache an und B., der im Bewußtsein seiner Unschuld auf jeden Entlassungs- und Verteidigungsapparat verzichtet hatte, wurde richtig wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung zu acht Tagen Gefängnis verurtheilt, während dem Formor G. vierzehn Tage zuerkannt wurden. Dies der einfache Sachverhalt, wie er uns glaubwürdig mitgeteilt wurde, unsere Leser mögen sich nun selbst einen Kommentar dazu machen.

Was sind "Faren"? Diese Frage hatte am Mittwoch die erste Strafkammer am Landgericht II in einem Beleidigungsprozeß des Direktors Böhm an der Gemeindeschule zu Mittenwalde gegen den Maurergesellen Friedrich Schulz daselbst zu beantworten. Der Beklagte erzählte, daß seine Frau am 27. Febr. einen Entschuldigungssettel für seinen erkrankten Knaben an einen Bekannten geschickt habe. Derselbe habe den Settel durch einen anderen Schulknaben mit dem Bemerkten zurückgeschickt, der Settel solle erst orthographisch geschrieben werden. Am anderen Tage habe er folgenden Brief an den Direktor geschrieben: "Den ersten Entschuldigungssettel haben Sie zurückgeschickt, jetzt schicke ich Ihnen den zweiten, und wenn Sie noch einmal solche Faren machen, so muß ich es der Schulbeurteilung melden!" Bei dem Worte "Faren" habe er sich gar nichts Schlimmes gedacht, das komme im Leben sehr häufig vor. Der beleidigte Direktor gab zu, daß er den ersten Settel zurückgeschickt habe, aber nur, weil ihm derselbe unzureichend erschien, da er keinen Aufschluß über die Art der Erkrankung gab. Da er der Handschrift nach habe annehmen müssen, daß der angeblich erkrankte Knabe Schulz den Entschuldigungssettel selbst geschrieben, so habe er allerdings zu dem Ueberbringer gesagt: "Sage dem Schulz, er soll richtig schreiben; 'frank' wird in diesem Falle kein geschrieben!" Der Staatsanwalt beantragte 30 M. Geldstrafe, der Schöffengericht erkannte auf 3 M. "Faren", so heißt es in den Entschuldigungsgründen, ist gleichbedeutend mit "Pöffen", und somit mißfällt das Wort zweifellos eine Beleidigung. Es stehen dem Angeklagten aber ganz erhebliche Milderungsgründe zur Seite. Es scheint nicht in der Ordnung zu sein, daß der Direktor eine solche Beleidigung wie die in Rede stehende, durch einen fremden Knaben machen ließ. Es war seine Sache, den Knaben, wenn dieser falsch geschrieben hatte, selbst zu rektifizieren, zumal die Beschriftung vorliegen konnte, daß ein Anderer den Settel geschrieben, welcher durch diese Rektifizierung verlest werden konnte. Zu einer solchen Verletzung ist der Direktor in keiner Weise befugt."

Soziale Uebersicht.

In dem Anwesen der Arbeiterkantinens schreibt man der "Volks-Zig." aus dem reichlichen Industriebezirke: Nach den Bestimmungen des § 115 der Reichs-Gewerbeordnung ist der Arbeitslohn "baar in Reichswährung auszuzahlen". Auch dürfen den Arbeitern keine Baaren kreditirt werden. Es sind jedoch eine Menge Ausnahmen gestattet, durch welche die Absicht der Eingangsbestimmungen des genannten Paragraphen einfach illusorisch wird. Eine der schlimmsten Folgen dieser Ausnahmen bildet das Ueberhandnehmen des Kantinenswesens. Fast in jeder größeren Fabrik, auf Bauten u. s. w. werden neuerdings Kantinen errichtet, welche den Arbeitern Speisen und Getränke zum anbedinglichen Selbstkostenpreise übermitteln. Thatsache ist jedoch, daß die Arbeiter die Baaren in den Kantinen theurer als anderwärts beschaffen müssen, und ebenso ist es offenkundig, daß einzelne Unternehmer die Bewirtschaftung der Kantine dem Meistbietenden überlassen. In beiden Fällen wird den Bestimmungen des § 115 zuwider gehandelt. Man hütet sich allerdings, die Sache öffentlich zu betreiben; alle diese Manipulationen gehen "unter der Hand", aber deswegen desto sicherer vor sich. Die behördliche Kontrolle ist ohnmächtig, weil das gegenseitige Interesse beider Kontrahenten, des Fabrikanten und des Kantineinhabers, Schweigen gebietet.

Welche verderbenden Wirkungen dieses Kantinenswesens mit sich führt, davon hat der Fernsehende kaum eine Ahnung. Die Fabrikräume sind Tag und Nacht streng abgesperrt. Jedes Bedürfnis während der Arbeitszeit ist nur in der Kantineinrichtung zu befriedigen. Der geringe Lohn reicht kaum hin, den Lebensunterhalt zu beschaffen; hier aber kommt zum Bedürfnis noch die Gelegenheit. Von einer Woche zur anderen geräth der Arbeiter in drückendere Abhängigkeit, welche am empfindlichsten auf der schnöfnüchsig auf den Wochenlohn harrenden Familie lastet. Dem Kantineinhaber erwächst keinerlei Gefahr, weil der lohn-auszahlende Beamte für dessen Schadloshaltung zu sorgen weiß. Noch verderbender wirkt die Einrichtung, wenn außer Nahrungs- und Genussmitteln auch noch andere Gebrauchsgegenstände verabfolgt werden. Mit der freien Entschließung des Arbeiters ist es dann vollständig vorbei. Wenn nun dieses Kantineinwesen dem Arbeiter nur Nachtheile bringt, so wirkt es andererseits auf das übrige Wirtschaftswesen nur zerstörend. Der freie Gewerbebetrieb verliert jedwede Rundschaft. Die Konkurrenz mit der Kantine hört auf. Der Profitwuth des Unternehmers ist dadurch das letzte Hinderniß aus dem Wege geräumt. Heute schon kann man die Wahrnehmung machen, daß in den Fabrikvierteln der kleine Gewerbebetrieb fast aufgehört hat.

Eine neue Maßregelung, die fünfte infolge der Freier des 1. Mai, ist am Mittwoch von der Firma Wülke u. Co., Ritterstraße 12, vollzogen worden. Der Gärtler B. ist am genannten Tage plötzlich entlassen worden.

Achtung! Graveure und Ciseleure! Kollegen, da in der letzten öffentlichen Versammlung der Besch! gefaßt worden ist, die am 1. Mai gemahregelten Kollegen soviel wie nur möglich zu unterstützen, so fordern wir Euch nun auf, diesen Besch! nachzukommen und für die Gemahregelungen zu sammeln. Sammelstellen sind am Sonntag Vormittag von 10-12 Uhr bei Heindorf, Langestr. 70, zu haben, auch werden daselbst gesammelte Gelder entgegengenommen und die Unterstützungen an die Gemahregelungen ausgehahlt. Die Agitationskommission. J. A.: B. Jack, Andreasstraße 68.

Gera, 14. Mai. Der Ausstand der Geraer Weber scheint seinen Höhepunkt erreicht zu haben. In Greiz, Mglau, Neuschlau, Ellenberg, Reichenbach und Ronneburg haben die Weber ebenfalls die Arbeit niedergelegt, um den Geraer Forderungen den Kampf zu erleichtern. Ihre Forderung gipfelt ebenfalls in der zehntündigen Arbeitszeit. Circa 15 000 Arbeiter kämpfen um diese gewiß bescheidene Forderung. Sehr bezeichnend ist es nun, wie sich die Fabrikanten hierzu stellen. Während in Greiz, sowie in den übrigen Voigtlande der Verärgerung der Arbeitszeit die dortigen Fabrikanten keine besonderen Schwierigkeiten in den Weg legen, wollen die Geraer Fabrikanten, die sich sonst immer als die humansten anspornen ließen, kein Jota nachgeben. Diese humanen Fabrikanten verweisen uns stets auf den Reichstag, dieser werde Alles zu unserer Zufriedenheit regeln. Nun, wir stehen fest und werden ausbarren. Sendungen und Briefe sind zu richten an Emil Vogel, Karlsru. 1, Gera.

Versammlungen.

Eine große öffentliche Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Schönebergs und Umgegend tagte am Mittwoch, den 14. Mai, Abends 8 Uhr, in der Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstr. 60-63. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Kommission. 2. Zweck und Ziele der Organisation. 3. Wahl eines provisorischen Vorstandes. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. Mitglieder werden aufgenommen. Den Vorsitz führten die Herren Kanthack, Fröhlich und Klinge. — Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtete als Kommissionsmitglied Herr Verendt, daß Statuten ausgearbeitet und verlesen worden sind, die vom Vorsitzenden einzeln nochmals verlesen und mit geringer Abänderung einstimmig angenommen sind. Bei der Wahl eines provisorischen Vorstandes wurden gewählt: als erster Vorsitzender Herr A. Lungwitz, als zweiter Vorsitzender Herr C. Fröhlich, als erster Kassierer Herr A. Weierling, als zweiter Kassierer Herr S. Creple, zum 1. Schriftführer S. Verendt, zum 2. R. Klinge, zu Revisoren wurden die Herren S. Stoll, Tascher und Müller gewählt. — Alsdann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: 1. Die am 14. Mai tagende öffentliche Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter von Schöneberg und Umgegend beschließt, kein Bairisches Bier aus den Brauereien zu trinken, welche die gerechten Forderungen der streikenden Brauergesellen nicht bewilligt haben. 2. Nur von den Kaufleuten zu kaufen, die an Sonntagen von 10 Uhr ab ihr Geschäft geschlossen halten. Beim Punkt "Verschiedenes" wurde von Kollege Klinge aufgeführt, die noch nicht eingelassenen Kongressisten auf schnellstem Wege an die betreffenden Vertrauensleute abzuliefern, und noch bekannt gemacht, daß die Hamburger, Altonaer und Stettiner Kollegen im Streik sich befinden; dieselben sind nach Kräften zu unterstützen.

Die Freie Vereinigung der Lohrgerber und Lederer richter Berlins hielt am Sonntag, den 11. Mai, eine gut besuchte Versammlung ab. Die Tagesordnung war: Vortrag des Herrn Max Baginski über Gewerkschaftsorganisation und Verschiedenes. Da Herr Baginski nicht erschienen war, referirte Herr Krause über dasselbe Thema; derselbe ertheilte großen Beifall für seine sachgemäßen Ausführungen. Der Vorsitzende Buße verliest ein Schreiben der Elmshorner Kollegen, worin dieselben auf-fordern, sie thätig zu unterstützen, da ihre Forderung, zehntündige Arbeitszeit, gewiß eine sehr bescheidene ist, jedoch können sich die Fabrikanten nicht dazu verstehen, da sie nicht begreifen können, daß die Arbeiter solche Forderungen an sie zu stellen

wagen; leider haben sie es fertig gebracht, dem Leiter der Lohrkommission 14 Tage Gefängnis, und den anderen Mitgliedern zu 10 Mark Strafe zu verurtheilen. Der Vorsitzende ersucht die Kollegen, sich etwas mehr an den Sammlungen zu betheiligen. Kollege Neumann bittet ebenfalls die Kollegen, die Sache zu ver-übrigen zu machen, da es doch wohl an der Zeit ist, daß die Kollegen in den Provinzen sich aufrufen und bessere Lebensbedingungen sich zu erringen suchen, denn so lange die Arbeiter in den Provinzen noch 12-14 Stunden arbeiten bei dem wenigsten Verdienst, können wir in den großen Städten auf keinen großen Erfolg rechnen, da die Konkurrenz zu sehr dabei in Frage kommt. Weiter macht der Vorsitzende bekannt, daß der zweite Vorsitzende, Kollege Furcht, in der Kömmer'schen Fabrik gemah-regelt ist. Die Versammlung nimmt davon Kenntniß und wird die Sache anderweitig geregelt werden. Drei Unterstützungs-gesuche waren eingegangen, von den Metallschrauben- und Façon-brechern, Kupferschmiedern und Schuhmachern. Beschlossen wurde, den Schuhmachern 50 M. zu bewilligen, die Anderen mußten ab-schläglich beschieden werden, da wir fortwährend Unterstützungen gezahlt haben und jetzt die Elmshorner Kollegen unterstützen müssen, außerdem noch Gemahregelungen zu unterstützen haben. Ein Gesuch von einem alten Kollegen um Unterstützung mußte unerledigt bleiben, da der überwachende Polizeibeamte es nicht erlaubt hatte. Derselbe wollte sogar einen Beamten zur Ueberwachung im Garten aufstellen, falls nach der Versammlung gesammelt werden würde. — Zum Schluß wurde ein Antrag gestellt, ein Sommervergügen zu veranstalten, und wurde ein Komitee aus 7 Personen bestehend gewählt.

Große öffentliche Versammlung der Glasergesellen Berlin und Umgegend. Dieselbe tagte am 12. Mai in Feuerstein's Restaurant. Die Versammlung zeigte, daß auch bei den Glasern die Organisationsfrage immer mehr Anklang findet. Zeit wird es auch, denn die Glasergesellen befinden sich auch nicht in der besten Lage und was speziell die Baugläser sind, so werden dieselben wohl am schlechtesten von allen Bauhandwerkern bezahlt. Bei Punkt 1 der Tagesordnung: "Aufnahme neuer Mitglieder", meldeten sich wieder 40 Kollegen, so daß die junge Gesell-schaft jetzt schon 160 Mitglieder zählt. Bei der neuen Geschäftszeit doppelt bemerkenswerth. Aus Punkt 2 der Tagesordnung: "Vorlage der Statuten", ist zu entnehmen, daß die Glasergesell-schaft Berlins und Umgegend", so ist der Name des Vereins, folgende Ziele verfolgt: Regelung der Lohnfrage, des Herbergs-wesens und des Arbeitsnachweises, außerdem bietet sie ihren Mitgliedern belehrende Vorträge und Rechtschutz. Auch die Unter-stützung des Fachblattes "Der Glaser" wird sich die Gesellschaft anlegen sein lassen. Zu wünschen ist es nur, daß alle noch fernstehenden Kollegen sich davon überzeugen, wie notwendig es ist, sich als Mitglied einzugeichnen, denn nur dadurch ist es möglich, daß die Glasergesellen ihre Lage verbessern.

Eine öffentliche Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend tagte am Mittwoch Abend, von etwa 200 Personen besucht, bei Feuerstein. Die Tagesordnung lautete: "Die Lage unseres Streiks. Verschiedenes. Das Bureau bildeten die Herren Becker, Karpenkil und Holzhoff. Das Eingangsreferat gab Herr Becker. Er theilte mit, daß in folgenden Werkstätten die Kollegen fest an ihrem Schmir gehalten und einmüthig die Arbeit niedergelegt hätten: S. E. Göh, Pöhlitz, Gries und Brösche. In 20 Werkstätten sei die Arbeit nur von einzelnen Kollegen niedergelegt worden. Die Gesamt-zahl der streikenden Kollegen beträgt etwa 150. Zu den die Ge-hilfenforderungen bewilligenden Firmen seien zwei hinzugezogen. Dem Streikbureau sei mitgetheilt worden, daß zwei Kollegen als Streikbrecher aufgetreten seien. Im Allgemeinen könne eine ganz genaue Uebersicht des Streiks noch immer nicht gegeben werden. Darauf ward die Innungsversammlung der Klempner, die sich auch mit den Rohrlegern unberechtigter Weise beschäftigt, kritisiert. Alle Klempner, die sich an der darauf folgenden ausgedehnten Dis-kussion betheiligten, zeigten sich über das Auftreten der Ober-meister Langenwischer und Sedlmeyer auf's äußerste empört. Sie erklärten, daß derartige Schimpferien, wie sie von den Genannten in Bezug auf die Arbeiter gebraucht worden, ganz unmöglich in einer Arbeiterversammlung hätten vorkommen können. Nicht unter den Arbeitern, sondern unter jener Klasse seien die ange-führten "Hauzen" zu suchen. Diese "Innungsversammlung" ward übereinstimmend als eine "Madauversammlung" denkbar schlimmster Art bezeichnet. Folgende Resolution gelangte darauf einstimmig zur Annahme:

Die u. s. w. Versammlung erklärt sich mit der am 12. Mai in Mundt's Salon tagenden Versammlung der Klempnerinnung in keinem Punkte einverstanden. Sie erklärt im Gegentheil, sich zu bemühen, die von den Legeern und Helfern aufgestellten Forde-rungen auf gezieltem Wege voll und ganz zur Durchführung zu bringen."

Ein später noch der Resolution beigefügter Nachsatz, der mit großem Beifall begrüßt ward, besagt:

"Die Versammlung spricht der Klempnerinnung über-haupt das Recht ab, über die Rohrleger zu urtheilen."

Eine lebhafte Debatte rief die folgende Resolution hervor:

"Die Versammlung erklärt sich mit der Führung des Streiks voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, an den gestellten Forderungen unentwegt festzuhalten. Die Rohrleger verpflichten sich, mit den Arbeitgebern in Unterhandlung zu treten. Wenn bis Sonnabend, den 17. Mai, die Forderungen nicht bewilligt worden, soll am Montag darauf die Arbeit niedergelegt und im Auslande befehrt werden, bis die Forderungen bewilligt werden."

Es ward von mehreren Seiten darauf hingewiesen, daß es sich in einigen Werkstätten lediglich um vier Stunden die Woche handle, daß die Arbeitgeber den Arbeitern oftmals auf halbem Wege entgegengekommen und "wir sind Kaufleute, die ihre Waare "Arbeit" einfach auf den Markt bringen." Dieser Standpunkt ward indeß einhellig verworfen und am Ende gegen 2 1/2 Stimm-n die Resolution angenommen. Unter "Verschiedenes" wurden noch einige die Allgemeinheit weniger interessirende An-gelegenheiten zur Sprache gebracht.

Der Fachverein der Eisäler für den Bezirk Südost hielt am Montag, 12. Mai, in Sanssouci, Kolonnenstr. 4a, eine Versammlung ab. Der zum ersten Punkt der Tagesordnung an-geordnete Vortrag mußte ausfallen, weil der Referent nicht erschien. Zu Vertretungsangelegenheiten gab eine lebhafte Debatte das Vorgehen einzelner Meister den Kollegen gegenüber, welche den 1. Mai gefeiert hatten. Die Kollegen der Müller'schen Werk-statt, Prinzessinnenstr. 24, empfehlen die genannte Werkstatt zu meiden, weil sie dort wegen der Arbeitszeit mit dem Meister in Differenzen gerathen sind. Die schon so oft gerügte Unsitte des Eintheilens wurde nochmals näher beleuchtet und scharf kritisiert, weil dadurch nur die Disharmonie herbeigeführt wird. Es wird daher, als Pflicht jedem Kollegen aus Herz gelegt, dafür einzutreten, daß dieser gegenseitigen Ausbeutung ein Ende gemacht wird. Der Bevollmächtigte ermahnt, daß die Versammlungen zahlreicher besucht sein mögen, da doch die Bezirksversammlungen dazu eingerichtet sind, um jeden Kollegen recht bequem zu machen, die Versammlung besuchen zu können.

